

Bezugspreis:

Für den Monat Oktober 20.— M.
Daraus abziehbar: Unter Abrechnung für
Deutschland, Danzig, Saar- und
Rheinlandgebiet sowie Österreich und
Luxemburg 34.— M. für das übrige
Ausland 65.— M. Postbestellungen
nehmen an Belgien, Dänemark, Eng-
land, Irland, Finnland, Frankreich,
Holland, Portugal, Rumänien, Oester-
reich, Schweden, Schweiz, Tschecho-
slowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Wort und Feit“, der Unter-
haltungsbeilage „Freizeit“ und der
Beilage „Erziehung und Kleingarten“
erscheint wochentags zweimal, Sonn-
tage und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-295
und 2506-2507

Mittwoch, den 4. Oktober 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Inseraten-
Abteilung: Dönhofs 2506-2507

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Kompositionelle
Zeile 50.— M. Restzeile 20.— M.
„Kleine Anzeigen“ das ist gedruckt
Wort 12.— M. (zweispaltig zwei Zeilen
gedruckt) jedes weitere Wort
10.— M. Einzeilige und Schloß-
stellenanzeigen das erste Wort 7.— M.
jedes weitere Wort 5.— M. Worte
über 15 Buchstaben zählen für zwei
Worte. Familien-Anzeigen für Abon-
nenten Seite 15.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Zusammenbruch der KP. Frankreichs.

Am 15. d. M. tritt in Paris der Nationalrat der so-
genannten kommunistischen Partei Frankreichs zusammen
und wird sich mit dem politischen Bericht des Generalsekretärs
Frossard und mit dem finanziellen Bericht des Kassierers
Dondicol zu befassen haben. Diese Berichte werfen ein
grelles Licht auf die von uns im Laufe der letzten Monate be-
reits öfters gekennzeichneten Verhältnisse bei der französischen
Fikale der Sowjetregierung.

Bis zum 15. Oktober 1921 zählte die Partei 131 436 ein-
geschriebene Mitglieder und hatte bereits Ende Juli d. J. einen
Mitgliederverlust von 72 648 (etwa 40 Proz.)
zu verzeichnen, indem der Mitgliederstand bis zu diesem Datum
auf 78 828 gesunken war.

Im einzelnen seien folgende Vorgänge bei den wichtigsten
Bezirksverbänden erwähnt:

Im Departement Seine (d. h. in der Hauptstadt Paris
nebst den wichtigsten Industrieorten, die bisher das Rückgrat und
den Stolz dieses „schönsten Kronjuwels“ der Dritten Internationale
gebildet hatten) ist der Mitgliederstand von 21200 zurzeit der
Spaltung von Tours auf 15 167 im Oktober 1921 und auf 10 000 im
Juli 1922 gesunken; im Departement Nord (Lille, Reubois, Tour-
coing usw.) von 11000 auf 8000; im Pas-de-Calais (Koh-
lenrevier) von 6000 auf 3500; in Seine-et-Oise (weiterer Umkreis
von Paris mit Versailles und größeren Industrieorten der Haupt-
stadt) von 5700 auf 4500; in der Mosel (neugewonnene Hütten-
bezirke um Metz und Diedenhofen) von 3334 auf 1500; in der
Seine-Inférieure (De Haare und Rouen) von 2000 auf 1153 usw.

Der Bericht äußert sich sehr enttäuscht über das schlechte
Abschneiden der kommunistischen Partei bei den Kan-
tonalwahlen im Frühjahr d. J. und gibt zu, daß in wichti-
gen Industriezentren die Macht der Sozialistischen
Partei auf die Wählermassen sich als weit stärker er-
wiesen habe, obwohl letztere nicht die gleichen Anstrengungen
hätte machen können, ferner, daß es keinen Zweck hätte, zu
bestreiten, daß der größte Teil der sozialistischen Stimmen von
Klassenbewußten Arbeitern abgegeben worden ist. Frossard

schließt seinen Bericht, indem er seinen bereits wiederholt an-
gebotenen Rücktritt neuerdings anündigt und als dies-
mal endgültig bezeichnet.

Die gleiche Ankündigung macht auch der Kassierer
Dondicol am Schlusse seines Berichtes, der eine trostlose,
dem politischen Zusammenbruch der Partei entsprechende
finanzielle Lage enthüllt.

So hat der Parteivorstand u. a. einen Kredit von über
88 000 Frank den einzelnen Bezirksverbänden in Mitgliederorten
und Beitrittsmarken (die also offenbar gratis verteilt
werden mußten!) eröffnen müssen, eine Tatsache, die ausdrücklich be-
zeichnet wird „als in der sozialistischen Partei noch nie dagewesen“.

Bisher lebte die französische Partei, abgesehen natürlich von den
Zuschüssen aus Moskau, hauptsächlich von den Ueberschüssen der
„Humanité“, d. h. in Wirklichkeit von der widerrechtlich an-
gekauften geistigen Erbschaft Jaurès. Aber auch diese Quelle scheint
nicht mehr auszureichen, denn einmal wird sie stark in Anspruch ge-
nommen, um das starke Defizit des Abendblattes „Internationale“
zu decken, und andererseits geht die „Humanité“ selbst empfindlich
zurück und hat innerhalb des Berichtsjahres etwa ein Drittel
ihres Abonnentenstandes verloren (11 000 statt 16 000).

Im übrigen ist der persönliche Krakeel in den
höheren Sphären der Partei im vollen Gange, da sich die
meisten Führer die geistige Bevormundung durch den Ver-
trauensmann Sinowjew, Boris Souvarine, nicht weiter
gefallen lassen wollen. Der Rücktritt Frossards ist u. a. auf
diesen Konflikt zurückzuführen. Neuerdings ist ein Mitglied
des Parteivorstandes, Raoul Verfeuil, ein ehemaliger
Languetist, der nach einigem Schwanken auf dem Spaltungs-
parteitag von Tours unter tosendem Beifall der kommunisti-
schen Mehrheit schließlich erklärt hatte, mit den Kommunisten
zu gehen, von dem Bezirksvorstand der Seine mit knapper
Stimmensmehrheit wegen Undisziplin gegenüber dem Mos-
kauer Einheitsfrontllkas aus der Partei ausge-
schlossen worden. Auch bei dieser Gelegenheit hat Frossard
zum so und soviellen Male mit seinem Rücktritt gedroht.

Rückblick auf Genf.

Die kürzlich beendete dritte ordentliche Tagung der Völker-
bundsversammlung wird kaum dazu beigetragen haben, das
Interesse der Welt für die Tätigkeit dieser Institution zu er-
höhen. Bereits im Vorjahre konnte man allenthalben eine
zunehmende Gleichgültigkeit sowohl der maß-
gebenden politischen Faktoren wie auch der breiten Öffentlich-
keit gegenüber diesem ersten Versuch eines Weltparlamentes be-
obachten, und nun sind die Hoffnungen, die einst der demo-
kratisch gesinnte Teil der öffentlichen Meinung in allen Ländern
auf das Wirken des Völkerbundes gesetzt hatte, um ein weiteres
Stück gesunken.

Der Versuch des südafrikanischen Delegierten Lord Robert
Cecil, die Reparationsfrage in den Aufgabekreis des
Völkerbundes zu rücken, mag nach außen hin durch die An-
nahme einer kompromißfertigen und verwässerten Resolution
als geglückt hingestellt werden, doch wird sich kein wirklicher
Politiker über die Tragweite dieses Ergebnisses täuschen lassen.
In Wahrheit hat der Beschluß der Völkerbundsversammlung
keinen wirklich praktischen Wert, denn die französische Delega-
tion hielt dabei an dem Grundsatz der Unantastbarkeit der
Friedensverträge ausdrücklich fest, und nichts war charakte-
ristischer für den Geist, der zumindest die Franzosen bei der An-
nahme dieser Resolution beehrte, als die sophistische Formel,
die ihr Hauptredner Henri de Jouvenel bei dieser
Gelegenheit gebrauchte, nämlich, daß die Revision des
Friedensvertrages gleichbedeutend sei mit
einer Neutralität, die man verleihe. Diese lapi-
dare Behauptung ist übrigens nicht nur lächerlich, sondern auch
von dem Standpunkt aus, den Frankreich gerade jetzt im grie-
chisch-türkischen Kriege dem Sevres-Vertrag gegenüber ein-
nimmt, gefährlich. Heute, wo alle Mächte darüber einig sind,
daß das Werk von Sevres einer vollständigen Revision bedarf,
nimmt sich eine solche Heiligpreisung des Versailler Gewalt-
friedens in dem Munde des französischen Delegierten um so
komischer aus, als bekanntlich die Forderung nach einer Revi-
sion von Sevres zu allererst von Frankreich erhoben wurde.

Ueberhaupt ist es ein bedenkliches Zeichen, daß als Haupt-
redner Frankreichs ein Mann wiederholt auftreten durfte, der
in eine international-pazifistische Weltinstitution überhaupt
nicht hineingeht. Der noch junge, ehrgeizige, neu-
gebaute Senator de Jouvenel ist nämlich bisher hauptsächlich
als Chefredakteur des „Matin“ tätig gewesen, eines Blattes,
dessen Vortrupp als kriegerischer und dessen intern französischer
Ruf als korrupt und bestritten ist. Wenn das die Männer sind,
die die Völker Europas in eine reinere Atmosphäre führen
sollen, dann wäre es wahrhaftig um den Frieden Europas
schlecht bestellt.

Ebenso negativ wie die Debatte über die Reparations-
fragen ging auch die Aussprache über die Abrüstungs-
frage aus. Auch hier wurde ein Kompromiß mehr schlecht
als recht zusammengezwängt, das, wiederum nach dem Willen
Frankreichs, den Mächten gestattet, ihre Abrüstung von dem
vorherigen Zustandekommen von Schutz- und Garantiever-
trägen abhängig zu machen. Auch über diesen Gegenstand
wurden „große“ Reden gehalten. Es wurde mit viel Pathos
von französischer und belgischer Seite an die Ereignisse von
1914 erinnert. Es sand sich aber kein Mensch in der ganzen
Völkerbundsversammlung, um die Verhältnisse, wie sie heute
sind und wie sie sich zu entwickeln drohen, mit der gebührenden
Schärfe zu kennzeichnen. Man ging um die Frage des franzö-
sischen Militarismus, um die Zustände im besetzten deutschen
Gebiet und anderswo sorgfältig herum, weil die Angst vor
einem Eklat, der dem schon recht kränklichen und lahmen
Völkerbund den Rest geben könnte, alle Delegierten, einschließ-
lich der Neutralen, beherrschte.

Am häufigsten aber war das Verlangen des Völkerbundes
in jener Frage, die zwar nicht auf der Tagesordnung stand,
deren Erörterung aber unter den gegebenen Verhältnissen eine
Selbsterständlichkeit war: der griechisch-türkische
Krieg, der sich gerade in den Tagen von Genf zu einem
neuen Balkankrieg oder gar zu noch schlimmerem auszuweiten
drohte. Schon die Satzungen des Völkerbundes selbst hätten
ihn zu einem rücksichtslosen Eingreifen veranlassen sollen. Dies-
mal aber waren es die englischen Vertreter, die zuerst bremsen
und den entscheidenden Vorbehalt in den Vordergrund der De-
batte rückten, daß der Völkerbund nur dann in Aktion treten
dürfte, wenn er von den Entente-mächten dazu berufen sein
würde. Diese Einschränkung hat übrigens die Delegierten ver-
schiedener britischer Dominions und auch neutraler Länder zu
energischen Worten des Protestes veranlaßt, doch blieb es letzten
Endes dabei.

Darf man sich unter solchen Umständen wundern, wenn
selbst diejenigen Kreise Englands und auch Deutschlands,
die bisher die Hoffnung hegten, aus diesem Versailler Völker-
bund später doch noch ein aktionsfähiges und segensbringendes
Instrument zu machen, von dieser dritten Völkerbundsstagung
mindestens ebenso schwer enttäuscht sind wie von der zweiten,
die in der damals so notwendigen Hilfsaktion für das hun-
gernde Rußland so kläglich versagt hatte? Das Haupt-
übel des gegenwärtigen Völkerbundes ist doppelter Art und
wird auch von den aufrichtigen Verehrern der Völkerbunds-

Umlagepreis und Reichstag.

Die Absicht, den Reichstag erst Anfang November ein-
zuberufen, ist fallen gelassen worden, da über die angekündigte
Regierungsvorlage zur Erhöhung des Preises für Um-
lagegetreide eine baldige Entscheidung notwendig ist.
Es bleibt also bei der geplanten Einberufung zum 17. Oktober.
Wie der Soz. Parlamentsdienst mitteilt, haben sich die sozial-
demokratischen Minister bei der Abstimmung über jene Vor-
lage im Kabinett der Stimme enthalten. Die Stimmenthal-
tung ist eine Folge des am Montag von der Reichstagsfraktion
gefaßten Beschlusses, an der Höhe des Umlagepreises für das
erste Drittel festzuhalten.

In verschiedenen Blättern werden aus dem Umstand, daß
zwischen dem Reichskabinett und unserer Reichstagsfraktion
in einer so wichtigen Frage Differenzen bestehen, kritische Er-
eignisse gemeldet. Solche Prophezeiungen sind zum min-
desten verfrüht, womit keineswegs gesagt sein soll, daß diese
Differenzen und ihre möglichen Folgen leicht zu nehmen sind.

Die demnächst leider zu erwartenden Steigerungen des
Brotpreises sind bekanntlich nicht auf die Steigerung des
Umlagepreises zurückzuführen, die noch nicht in Kraft getreten
ist, sondern auf den Sturz der Mark und das hierdurch be-
wirkte rasende Emporschnellen der Preise für Auslands-
getreide. Ueber die zu erwartenden volkswirtschaftlichen
Wirkungen einer Erhöhung des Umlagepreises bestehen Mei-
nungsverschiedenheiten, die im Reichstag zum Austrag ge-
bracht werden müssen. Sollte anderwärts die Reizung be-
stehen, daraus eine regelrechte politische Krise zu entwickeln, so
steht man in unserer Partei solchen Absichten sehr ruhig ent-
gegen.

Nächst der Vorlage über den Umlagepreis werden den
Reichstag noch andere wichtige Vorlagen beschäftigen, so das
Gesetz zum Schutz der Kleinrentner und die Fest-
setzung des Termins für die Wahl des Reichs-
präsidenten.

Denkschrift der Reparationskommission.

Paris, 3. Oktober. (CP.) Die Reparationskommission wird in den
nächsten Tagen eine in französischem und englischem Text verfaßte
Halbjahreschrift veröffentlichen. Der erste Band umfaßt
32 Seiten und behandelt den Stand der Reparationsverpflichtungen
Deutschlands am 30. April 1922. Die Reparationskommission teilt
mit, daß sie auch ein Weißbuch über die zwischen ihr und den deut-
schen Vertretern im Zeitraum vom 5. Mai bis 1. Juli 1922 aus-
getauschten Korrespondenzen veröffentlichen wird.

Die Sozialdemokratie Deutschösterreichs hält ihren Parteitag
am 31. Oktober und den folgenden Tagen in Wien ab. Auf der
Tagesordnung stehen bisher nur Berichte und die politische und
wirtschaftliche Lage.

Konferenzbeginn in Mudania.

Konstantinopel, 3. Oktober. (CP.) Man glaubt hier,
daß die Konferenz von Mudania, die heute, Dienstag, vormittag
11 Uhr eröffnet wurde, nicht länger als 24 Stunden dauern
wird. Die allierten Generale hätten schon gestern eine Unterredung
mit dem türkischen Delegierten Ismed Pascha gehabt. Hamid Bey
und Feanlin Bouillon haben an der Beratung teilgenommen. Es
heißt, daß die Allierten eine stufenweise Befreiung Thrakiens durch
die Allierten und die Einsetzung einer türkischen Zivilverwaltung
sowie eine türkische Behörde vorschlagen werden. Die Stimmung
ist hier zuversichtlich. Nach Meldungen aus Athen sind General
Makaraki und Oberst Gariannaki als Delegierte Griechenlands an
der Konferenz in Mudania ernannt worden.

Die Kemal-Truppen haben die Umgehung von Ichanal
geräumt, jedoch nicht die übrige Zone, die von der Entente
als neutral erklärt worden ist. Immerhin zeigt der Rückzug
aus der unmittelbaren Nähe der englischen Truppen die fried-
lichen Absichten Kemals. In Mudania dürfte den Griechen
auferlegt werden, Thrakien bis zur Mariza zu räumen. Lloyd
George hat mit dem französischen Botschafter in London,
Aulair, eine Besprechung gehabt, die eine Annäherung
der englischen und französischen Absichten für die Lösung der
türkischen Frage ergeben haben soll. In Rom ist eine kema-
listische Abordnung eingetroffen.

Ben Turner, der Präsident der englischen Textil-
arbeiterunion, hat folgendes Telegramm an Lloyd George ge-
sandt: „Der Krieg ist ein Nord und die Dardanellen sind nicht
das Leben eines einzigen britischen Soldaten wert. Be-
rufen Sie das Parlament ein! Hüten Sie sich
vor dem Krieg!“

Spät abends wird gemeldet, daß die türkischen Truppen
die neutrale Zone ganz geräumt haben. Die Meldungen
von türkischen Truppenkonzentrationen in Ismid werden
dementiert.

Griechenland in Särgung.

London, 3. Oktober. (CP.) „Morningpost“ meldet aus Athen,
daß die Benizelisten ablehnen, zusammen mit dem Revolutions-
komitee an der Regierung teilzunehmen und erklären, daß sie nur
die geschnitten gewählte Regierung anerkennen können.
Truppen verweigerten dem Revolutionskomitee den Gehorsam. Aus
dem Lande werden Unruhen gemeldet. Die Lage des Königs
George, der in seinem Palast nahezu gefangen sei, wird als pretär
bezeichnet. Seine Beziehungen zu dem Revolutionskomitee seien
gespannt. Das Komitee hat ihm mitgeteilt, daß seine Wahl noch
nicht bestätigt sei, und daß seine königlichen Rechte eine starke Ein-
schränkung erfahren müßten.

Konstantinopel, 3. Oktober. (Reuter.) Im Ichanalisch-Bezirk
hat eine Bande türkischer Irregulärer einen griechischen Posten über-
fallen und die Besatzung von zehn Mann getötet. Griechische
Verstärkungen warfen die Angreifer zurück.

idee immer deutlicher erkannt und immer offener zugegeben; es ist einmal die Tatsache, daß der Bund ein Produkt des Vertrages ist, dessen Inhalt bekanntlich mit den Völkerverbündigungen eingeleitet wird, und zweitens, daß außer Amerika zum mindesten zwei Großmächte darin nicht vertreten sind, nämlich Deutschland und Rußland.

Der Antrag Löbes, der in Augsburg einstimmig Annahme gefunden hat und der sicherlich auch widerspruchlos in Nürnberg angenommen worden wäre, hat den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund von einer nicht näher umschriebenen Voraussetzung abhängig gemacht, deren Sinn aber ganz eindeutig ist: Deutschland muß ebenso wie Frankreich, England, Italien und Japan einen unabhängigen Sitz im Völkerbundsrat erhalten, denn der Rat allein besitzt einen gewissen Einfluß namentlich bei der Regelung der laufenden Verwaltungsangelegenheiten des Bundes, die Deutschland am nächsten berühren — Saargebiet, Danzig, Oberschlesien, ehemalige deutsche Schutzgebiete und dergleichen. Es ist ganz selbstverständlich, daß, solange Deutschland nicht bindende Zusicherungen nach dieser Richtung hin erhält, es einen Antrag um Aufnahme nicht stellen darf und nicht stellen wird. Ob die Verhältnisse bereits vor dem Beginn der jetzt abgeschlossenen Tagung so weit gediehen waren, daß namentlich Frankreich seine Zustimmung zu einer derartigen Zusicherung erteilt hätte, darf wohl bezweifelt werden. Wahrscheinlich hat der enttäuschende Verlauf dieser dritten Tagung die Stimmung für den Eintritt Deutschlands unter der oben gekennzeichneten Voraussetzung bei den allermeisten Delegationen, vielleicht sogar bei der französischen, wesentlich erhöht, so daß bei der vierten Tagung im Herbst 1923 Deutschland nicht mehr Objekt, sondern Subjekt des Völkerbundes sein wird. Dafür spricht u. a. der Beschluß, die Zahl der nichtständigen Mitglieder des Rates von vier auf sechs zu erhöhen, der ausdrücklich unter der Voraussetzung angenommen wurde, daß auch die Zahl der ständigen Mitglieder des Rates durch den Eintritt mindestens zweier Großmächte bis dahin erhöht werden würde. Dies ist ein kleiner Lichtblick in die Zukunft des Völkerbundes. Aber der berechtigte Wunsch der demokratischen und pazifistischen Teile der deutschen politischen Welt, die an sich gesunde, edle und zukunftsreiche Idee des Völkerbundes durch den Eintritt Deutschlands neu zu beleben, ja vor dem drohenden Untergang zu retten, darf niemanden die Stärke unserer Position außerhalb des Völkerbundes vergessen lassen: wir sind bereit, an der Rettung des Völkerbundes mitzuwirken, nicht aber an der Rettung des Versailler Friedensvertrages. Und während der Versailler Friedensvertrag den Grundlag der Gleichberechtigung zwischen Ententemächten und Deutschland verneinte und diese Verneinung sogar auf den Wortlaut und auf den Geist des Völkerbundsstatuts zu erstrecken versuchte, wollen wir den Völkerbund nur als gleichberechtigte Macht betreten.

Wilhelms Schriftstellerhonorar.

Geheimnisvolle „wohlthätige Stiftungen“.

Der Köhler-Verlag, Leipzig, weist in einer berichtigen Zuschrift an die Presse, daraus hin, daß der angegebene Betrag von 350 Millionen Mark, den Wilhelm II. für seine „Erinnerungen“ erhalten haben soll, wesentlich übertrieben ist, er dagegen lediglich ein Honorar bekommen hat, „wie es dem Werte des Buches und der Stellung des Autors angemessen war. Er hat dieses Honorar bereits zum größten Teil wohlthätigen Stiftungen überwiesen.“

Zunächst sei uns die Frage gestattet, warum nennt man denn nicht die Höhe des Honorars, wenn es lediglich derart ist, „wie es dem Werte des Buches und der Stellung des Autors angemessen war“? Ferner: warum nennt man nicht die „wohlthätigen Stiftungen“ und warum sagt man nicht einmal, was unter „wohlthätigen Stiftungen“ zu verstehen ist? Nach der Auffassung rechtsradikaler Kreise bestehen bekanntlich wohlthätige Stiftungen heute in der Unterstützung sogenannter „nationalgeringer Verbände“ von der Art jener, deren Tätigkeit eben jetzt im Rathenau-Prozess einer

Nachprüfung durch den Staatsgerichtshof unterliegt. Es muß Klarheit darüber geschaffen werden, ob tatsächlich derartige Verbände aus den Schriftstellerhonoraren des Erfassers alimentiert werden.

Der Verbleib der Kriegsbeschädigtengelder.

Von deutschpöplischer Seite waren vor einiger Zeit in der Presse Angriffe erhoben worden, die in dem durchsichtigen Vorwurfsgehalt, der größte Teil der Volksspende sei widerrechtlich für politische Zwecke, insbesondere zur Finanzierung von Wahlen verwendet worden. Diese Verleumdungen sind seinerzeit von den zuständigen Stellen gebührend gekennzeichnet worden und auch im Reichstag ist auf eine kleine Anfrage hin eine aufklärende Zurückweisung durch das Reichsarbeitsministerium erfolgt. Wie leichtfertig die gekennzeichneten Beschuldigungen erhoben sind, ergibt sich laut PPR. aus einer ausführlichen Zusammenstellung in der letzten Nummer des Reichsverordnungsblattes, in der über die bisherige Verwendung der Volksspende für den größeren Teil Deutschlands Rechnung gelegt ist. Daraus ergibt sich, daß bisher in über 34 000 Fällen mehr als 16 Millionen Mark in Gestalt von Unterstützungen und Darlehen für Kriegsbeschädigte verteilt worden sind. Die Zusammenstellung entbehrt allerdings der Vollständigkeit, weil eine Reihe von Hauptfürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorge, in deren Händen die Verwaltung der Volksspende liegt, mit ihren Berichten noch aussteht. Schätzungsweise ist anzunehmen, daß die oben genannten Zahlen sich nach Eingang der ausstehenden Berichte etwa um die Hälfte erhöhen werden.

In Ordnungszell wird nichts ermittelt!

Aus München wird dem SP-Dienst geschrieben: Nach dem Rathenau-Mord war am Parteibüro der Nationalsozialisten ein Plakat angebracht, in dem es hieß:

Reichsminister
leider war er es
Aktionär von 88 Gesellschaften
Rathenau
• nun ist er tot
Ebert und Scheidemann leben noch
die Judenregierung an den Galgen.

Der Sozialdemokratische Verein München erstattete wegen dieses Plakates bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige. Jetzt wurde ihm mitgeteilt, daß das Verfahren eingestellt worden sei, weil der Täter nicht ermittelt worden sei. Die Staatsanwaltschaft denkt nicht daran, die Inhaber des Plakats zur Rechenschaft zu ziehen.

Hinter verschlossenen Türen.

Der Münchener Landesverratsprozess.

München, 3. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der heute vor dem Volksgericht beginnende Landesverratsprozess gegen Fehrenbach und Genossen wird charakterisiert durch den Beschluß des Gerichts, die Öffentlichkeit für den wichtigsten Teil der Verhandlung auszuschließen und die Presse lediglich unter Schweigepflicht zu setzen. Damit stellt sich das Volksgericht in den Dienst der bayerischen republikanischen Geheimorganisationen, über die die drei Angeklagten für die englische Presse berichtet haben und wodurch sie sich des Landesverrats (!!) schuldig gemacht haben sollen. Fehrenbach ist außerdem angeklagt wegen

Weitergabe der bekannten Kriegszieldenkschrift Erzbergers an einen französischen Journalisten. Diese Denkschrift ist aber bereits Anfang April 1919 von Gustav Landauer veröffentlicht worden. Die Angeklagten sind bereits seit längerer Zeit in Untersuchungshaft. Wie Schwerverbrecher nehmen sie unter Obhut von beherrschten Schulheuten auf der Anstalt Platz. Den Vorsitz führt der Oberlandesgerichtsrat Haß; es ist der gleiche Richter, der den Leopold-Prozess leitete und damals davon Abstand nahm, den deutschen Gesandten in München, den Grafen Zech zwecks voller Aufklärung der in Frage stehenden Angelegenheiten eidlich zu vernehmen, obwohl der Graf Zech eine solche Vernehmung dringend gewünscht hatte. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Dresse. Fehrenbach wird durch Dr. Hirschberg, Sembler durch Justizrat Bernstein und Gargos durch Rechtsanwalt Ballin verteidigt. Die Verteidigung hat verschiedene Sachverständige geladen. Dr.

Thimme, der frühere Oberbaurat des Preussischen Hofes, soll sich darüber äußern, ob die Weitergabe von Nachrichten der Art, wie sie von Fehrenbach und Sembler verbreitet worden sind, wirklich geeignet sei, dem Deutschen Reich Schaden zuzufügen. Justizrat Bernstein schlägt verschiedene Sachverständige über das gleiche Thema vor. Das Gericht läßt Dr. Thimme als Sachverständigen zu und läßt die übrigen Sachverständigen ab. Der Vorsitzende gibt kund, daß er sich überhaupt ablehnend gegenüber Sachverständigen verhalte, weil er

sich selbst Joule Sachkunde zukaufe,

um ein objektives und zulängliches Urteil in dieser Frage fällen zu können. Gegen den Antrag der Staatsanwaltschaft, die Öffentlichkeit auszuschließen, protestieren die Verteidiger mit aller Entschiedenheit. In einer Erklärung sprach Dr. Hirschberg aus, daß sich Fehrenbach in seiner Verteidigung aufs äußerste geschädigt fühlen müsse. Sein Mandant habe das größte Interesse, den Prozeß in voller Öffentlichkeit zu führen. Justizrat Bernstein gibt für seinen Mandanten Bemöhe diese Erklärung ab. Trotzdem beschließt das Gericht, wie vorhin bereits mitgeteilt, den Ausschluß der Öffentlichkeit für den wichtigsten Teil der Verhandlung, während die Frage der Erzberger-Denkschrift öffentlich verhandelt werden soll. Der ganze Verhandlungsprozeß wird ausgesetzt mit der Vernehmung Fehrenbachs über die Erzberger-Denkschrift.

Neue Kohlenpreiserhöhungen.

In meinem Artikel in der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 8. Oktober ist mir bei der Berechnung der Erschließung für den Monat Juli ein Irrtum unterlaufen, da ich hierbei zum Teil Zahlen benutzte, die für den Monat August Geltung haben. An Stelle der richtigen Berechnung für den Monat Juli sind nachstehend die richtigen Zahlen wiedergegeben. Gleichzeitig sind auch die Zahlen für den Monat August angefügt:

	Juli	August
Heizungs-Indexziffer	100,50	179,34
für Löhne und Gehälter	485,—	590,—
Holzlosten	70,—	128,—
Steuern	42,—	78,—
Diverses	12,—	21,—
Anpassungsgefälle	10,—	10,—
Unfallversicherung	8,—	8,—
Materialien	40,—	72,—
Abkürzungen	130,—	216,—
Kohlensteuer	328,—	410,—
2 Proz. Umsatzsteuer	38,—	45,—
3 Proz. Handelszuschlag	24,—	30,—
Wohnungsbauschuld	12,—	12,—
	Sa. 1185,—	1611,—
Der Kohlenpreis betrug	1208,—	1518,—

Es blieben über 28,—
Es fehlten . . . 101,—

Die Kohlenpreiserhöhung um 2502 M. am 1. September hat das Defizit im August reichlich gedeckt. Nun sind mir aber wieder bereits Unterlagen zugänglich gemacht worden, die mir zeigen, daß auch meine Zahlen für September als durch die Teuerung erheblich überholt anzusehen sind. Das aber schon jetzt zu sagen, erscheint mir notwendig, da ich es nicht mehr werde verantworten können, in der Sitzung des Reichskohlenrats am Donnerstag jede Kohlenpreiserhöhung abzulehnen. Es bleibt nur übrig, deren Höhe nachzuprüfen. Steiger & Berner.

Einigungstreiben in Schweden.

Stockholm, 3. Oktober. (W.B.) In seiner gestrigen Sitzung hat der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei beschloßen, dem Arbeitsrat der Linksozialistischen Partei vorzuschlagen, mit ihm in Verhandlungen wegen Wiedervereinigung der Sozialdemokratischen und der Linksozialistischen Partei einzutreten.

Der Streik der Hausbesitzer. In Wien holten die Mieter Versammlungen ab, um Abwehrmaßnahmen gegen den Hausbesitzerstreik zu treffen. Die „Arbeiter-Zeitung“ fordert die Mieter auf, in allen Häusern Ausschüsse zu bilden, die mit entsprechenden Anzeigen an den Magistrat, die Polizeidirektion und event. das Strafgericht vorzugehen haben.

Unwert der Armut.

Von Dr. Hellmuth Falkenfeld.

Daß Armut keine Schande ist, ist nur eine halbe Wahrheit; sie ist eine Schande — freilich nicht für den von ihr Befallenen, sondern für die Gesellschaft, die den Armen umgibt und duldet. Den Unwert der Armut beweisen wollen, erscheint paradox, denn dem natürlichen Empfinden erscheint Armut als der schlimmste aller Zustände. Aber man muß doch den Unwert der Armut beweisen, weil es zu viel (interessierte oder gutgläubige) Menschen gibt, die in dem Armein einen Segen oder gar einen positiven Wert sehen.

Diese Aestheten der politischen Ökonomie schlossen nämlich so: Die eigentlichen Werte des Menschen liegen jenseits der ökonomischen Bestwerte; Reichtum hat schon manchmal die Bestimmung auf die wahren, mehr als ökonomischen Werte vergessen lassen. Folglich ist Reichtum ein Übel. Folglich ist Armut ein Segen.

Schon die verachtete formale Logik entlarvt die Heuchelei und die Falschheit dieser Sätze. Wenn auch Reichtum schon manchmal dazu geführt hat, die Bestimmung auf die wahren Werte zu führen, so läßt dies den Schluß auf die Schädlichkeit des Reichtums nicht zu, weil Reichtum ja nicht in seiner Folge gehabt hat.

Noch unhalibater aber ist der zweite Satz, daß Armut ein Segen sei. Denn selbst wenn Reichtum ein Übel wäre, könnte aus diesem Satz noch nicht auf die Tatsache geschlossen werden, daß Armut ein Segen ist.

Der richtige Gedanke, aus der falsch geschlossenen und falsch aufgestellten Schlussreihe herausgeschält, lautet: Aller Reichtum ist nur ein Besitzwert und ist an sich in bezug auf die Entfaltung der wahren Werte, der sittlichen und der Bildungswerte, indifferent. Wenn nun aber auch das Dasein von Besitzwerten in bezug auf die Entfaltung der Persönlichkeit indifferent ist, so ist darum noch nicht das Fehlen dieser Besitzwerte dem Ziele der Vollendung der Persönlichkeit gegenüber gleichgültig. Ihr Fehlen bedeutet nämlich nicht bloß ein Negatives: Unbedrücktheit von der Last des Besizes, wie es die Märchenfreude des „Hans im Glück“ ausmacht, sondern bedeutet etwas schmerzhaft Positives: drückende Belastung. Armut bedeutet gerade für den nach Vollkommenheit von Ethis und Bildung strebenden Menschen den Raub an seiner Lebenszeit, die er hier mit der völlig gottlosen, durch nichts zu rechtfertigenden Sorge ausfüllt, wie und wozu er im nächsten Augenblick existieren soll.

Die Armut ist ein Diebstahl an unserer Lebenszeit; mit Recht hat Richard Dehmel das soziale Problem in seinem Gedicht „Der Arbeitsmann“ in den Worten „Nur Zeit“ zusammengefaßt. Nicht die Arbeit, auch nicht die um bloß ökonomischer Ziele willen geleistete, erzeugt die Sorgen. Die Armut drückt wie eine unendliche Sorge überall in unsere Zeit, auch in unsere Arbeitszeit, hinein, uns überall mit der Sinnlosigkeit ihrer an die Erde fesseln. Die Sorge verflucht. Die Armut macht ihre Rechte überall geltend, während die getane Arbeit uns zu uns selber und zur (einzigen positiv wertvollen) Aufgabe der Vollendung unserer selbst entläßt.

Die Armut ist ein Unwert, und es ist die frechste Heuchelei derer, die niemals die Segen der Armut kennen lernen, Armut für ein Glück (für die anderen) auszugeben. Freilich läßt sich als Bescheidener leicht arm, niedrtern, besitzlos leben; denn gerade hier fehlt ja der eigenwillige Charakter der Armut: die die wahre Lebenszeit raubende Sorge. Armut läßt sich erst mit gutem Gewissen propagieren, wenn alle — nicht reich, aber in ihren Lebensbedingungen gesichert sind. Der Zyniker wurde auch nicht arm in unserem Sinne, — er schränkte nur die Lebensbedingungen auf ein Minimum ein. Freiwillige Armut ist keine Armut, denn wer freiwillig arm ist, wird es, weil er seine Bedürfnisse zu verfeinern imstande ist, eine gewisse philosophische Tat, da sie uns auch dem bedürftigen Leben entzieht und die Möglichkeit näherrückt, den Zielen, dem Sinn des Lebens näher zu sein. Aber unfreiwillige Armut wirft uns, da sie von außen kommt, gerade tiefer in das Reich der Bedürftigkeit hinein, läßt uns vor der Sorge um das, was wir zum Leben brauchen, nicht zum Sinn des Lebens selbst kommen. Rein Diogenes und kein Antisthenes hätte an unserer Art von Armut Gefallen gefunden. Sie wollten das Freisein von Bedürfnissen, nicht die Sorge um die Stillung der Bedürfnisse. Die Armut, deren Begleiterin die Sorge ist, reiht die jammervolle Unendlichkeit der geistlos fordernden Materie auf. Der Mensch ist für eine bessere Unendlichkeit geboren.

Christliche Erotik. Im Neuen Theater zu Frankfurt am Main fand unter starkem Kassenerfolg die Aufführung von Dieckenschmidt's christlichem Drama „Die Nächte des Bruders Vitalis“ statt, dessen familiäre drei Akte in einem öffentlichen Hause spielen. Es gibt bekanntlich eine Zentrale, die das deutsche Theater reinigen will und die mit unter- und überirdischem Kampf jene „Bordellkunst“ beschet, die nicht auf die künstlerische Synthese der Sexualität als eins der entscheidenden Prinzipien des menschlichen Lebens verzichtet will. Der selige Frank Weidmann darf daher im Zulohimma sein schönstes Kornevöscheln zeigen, wenn wir von eben jener christlich-deutschen Tendenz jetzt mitten in den Pfuhl der Sünde zurückgeführt werden. Freilich hat schon die fromme Rebitzin Koswitscha, die vor 1000 Jahren das weltliche Kunstwerk verdrängen wollte, ausgiebig die Stätten des Lusters erdrückt und bargestellt. Die moderne Antieristik kann dieser Konsequenz ebenfalls nicht ausweichen. Wir finden in zwei der vorersteren christlichen Dichter geradezu fantastische Steigerungen der Sinnlichkeit. Der eine ist Leo Weismantel, expressionistischer Katholik, offenbar unklar, als Führer zu Staatsweisheit vielfach unehrlich und als Dichter, da er wesentlich auf aukentänstlerische Wirkungen ausgeht, sehr überhöht. Der andere ist Dieckenschmidt.

Dieser junge Plastik, weit mehr von der Lyrik als der dramatischen Schöpfung erfüllt, mehr im molenden Effekt als in der Analyse des Menschen fornerd, stark im Wort und in der äußeren Szene, ist zweifellos, wie besonders die Qualitäten der „St. Jakobs-jahrt“ beweisen, dem Füllhorn der künstlerischen Gnade nahe. Aber jene aus der Heiligengeschichte geholte (und von Gottfried Keller einmal verwandte) Affäre des Bruders Vitalis, der die aus-

schwefelnde Lust mit der konzentriertesten Keuschheit besiegt, ist nicht von einer Größe der inneren Erfüllung getragen. Die Idee der Dichtung mühte, um künstlerisch zu werden, aus den Dingen hervorzubrechen, statt von außen durch die Macht des Objekts auf die Zuschauer herabzukommen. Das der Sensation keineswegs erman-gende Stück ist bei alledem geradezu ein Wurf für einen gemachten Regisseur. Die Frankfurter Aufführung, die unter der geschickten Leitung Arthur Hellmers stand, brachte mit stilligem Ton und nach allen Seiten wohlüberlegter, raffiniertes Technik eine sichtbar das Publikum interessierende Darstellung heraus; die Kontraste, die zwischen dem unheiligen Ort und der heiligen Befehlung und der Idee der Barmherzigkeit und Befreiung stehen, waren dabei sparsam-monumental angelegt. In diesem Kontra gab die Darstellung Gerd Frides in einem monoton einfältigen, freibeweißen Inbrunstante die Macht der christlichen Caritas wieder. Die goldgelockte Dirne Fanny, die der sterbende Mönch in den Stand der Ehe mit einem naiven Jüngling führt, fand in der Schauspielerin Erna Reigert einigen Rhythmus. Herausgehoben sei die berühmte „Madame“ dieser (durch Beschluß des Deutschen Reichstags nunmehr verschwindenden) Häuser, die Lang Reiter robust-plausibel gab. Berlin wird Gelegenheit haben, das Mitien und die Gebelismacht dieses Spiels dieser Sanderin zu und eines Heiligen im Theater in der Kommandantenstraße kennen zu lernen. H. v. J.

Mustafa Kemal's Gefährtin, Halide Edib Halim, die bekannte türkische Romanschreiberin, der es im Jahre 1920 gelang, aus Konstantinopel zu fliehen und Angora, das Zentrum der national-türkischen Bewegung, zu erreichen, nennt man in den Kreisen der türkischen Emigranten Londons „die Frau, die hinter Kemal steht“. Ihr Eintritt in die national-türkische Bewegung bildet eine romantische Episode in Kemal's politischem Spiel. Seit ihrer Ankunft in Angora ist sie mit Eifer bestrbt, ihre Schwestern für den Kampf heranzubilden. „Ohne die Hilfe unabhängiger Frauen“, erklärte sie in aller Öffentlichkeit, und ohne Rücksicht auf die mohammedanische Religionslehre, „wird die Vereinigung der Türkei ein schöner Traum bleiben.“ Halide Edib Halim gewann bald einen großen Einfluß auf die Führer der national-türkischen Partei im allgemeinen und auf Mustafa Kemal im besonderen, der sie zum Offizier in seiner Armee und später zum Erziehungsminister seiner Regierung ernannte. Mit aller Entschiedenheit befaßte sie vor allem das Tragen des Frauenkleides und die Absperrung der Frauen hinter den Mauern des Harems. Sie lehrte sie Krantempfege, Lesen und Schreiben und wies ihnen den Weg, auf dem sie den Männern bei der Befreiung ihres Landes helfen können. Mustafa Kemal tat alles, um ihr die Bahn frei zu machen und sie in ihren Bestrebungen zu fördern. Man versprach ihr auch eine maßgebende Stelle im ersten nationalen Kabinett, das in Konstantinopel gebildet werden wird.

Die deutsche Einheitskurzschrift. Wie die PPR. hören, tritt am 5. Oktober im Reichsministerium des Innern eine Regierungskonferenz zur Beratung des Entwurfs einer Einheitskurzschrift zusammen. Der „Deutsche Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine“ hat sich für den Regierungsentwurf eingesetzt und erklärt, es komme zunächst nicht darauf an, das Ideal einer Einheitskurzschrift zu finden, sondern zunächst „die deutsche Kurzschrift“ zu schaffen. Sie weiterzubilden, dürfte späterer Arbeit vorbehalten bleiben.

Die Fälschungen des russischen Orangebuches

Auf Grund eines übrigens sehr oberflächlichen Berliner Telegramms der Haas-Agenter über die Romberg'sche Schrift und über das Interview des Reichskanzlers, dem auch ein paar deutsche Blätterstimmen beigegeben sind, nehmen sowohl der sozialistische „Populaire“, wie auch das Gewerkschaftsblatt „Peuple“ zu dieser Gelegenheit mit einigen Bemerkungen allgemeiner Art Stellung. Beide Blätter werfen die Frage auf, ob dieser Vorstoß des Reichskanzlers in der Schuldfrage in diesem Augenblicke, wo es dringendere Probleme zu lösen gebe, wo die deutsche Reaktion so eifrig am Werke sei und wo überdies eine gewisse Entspannung in den deutsch-französischen Beziehungen sich bemerkbar mache, sehr opportun gewesen sei. Anknüpfend daran wird eine gewisse Bewunderung darüber zum Ausdruck gebracht, daß die Sozialdemokratie diesen Feldzug unterließe.

Diese Stellungnahme, die ohne Kenntnis des wirklichen Inhalts der Romberg'schen Schrift erfolgte und von der man also annehmen darf, daß sie rein provisorisch ist, gibt uns Veranlassung zu einigen Bemerkungen und Klarstellungen.

Ob der Zeitpunkt der Veröffentlichung besonders opportun gewesen ist, wollen wir weder behaupten noch verneinen. Das konnte jedoch auf unsere Stellungnahme zu diesen Enthüllungen keinerlei Einfluß haben. Die Veröffentlichung war nun einmal erfolgt und wir waren daher, ebenso wie die übrige deutsche Presse, zu einer Stellungnahme verpflichtet. Die Schrift bringt Dokumente zutage, deren Wichtigkeit für die Beurteilung der Kriegsschuldfrage unzweifelhaft ist. Daß die neuen Belastungsmomente, die sie gegen gewisse russische und französische Staatsmänner hervorbringt, zu einer Entlastung der kaiserlichen Machthaber verwendet werden könnte, ist eine Befürchtung, die wir deutschen Sozialdemokraten nicht teilen. Die Schuld der wilhelminischen Regierung gegenüber der ganzen Welt bleibt auf alle Fälle riesengroß und sie wird keineswegs dadurch vermindert, daß die Legende der Unschuld der Ententestaatsmänner immer mehr zerstört wird; denn je mehr der Kriegswille der Isotta, Poincaré und Genossen zutage treten wird, desto unverzeihlicher würde die verbrecherische Dummheit der kaiserlich deutschen Regierung gewesen sein. Besonders gegenüber dem deutschen Volke bedeutet die Dittorie der wilhelminischen Regierung eine Schuld, die ihr ebensowenig verziehen werden wird, wie ein etwa nachgewiesener Wille zum Krieg. Dafür, daß der Wirtschaftsvorstoß nicht von der monarchistischen Reaktion zu einer Entlastungseffensive zugunsten des schuldbeladenen verjagten alten Regimes ausginge, wird die deutsche Sozialdemokratie schon sorgen; und wir sind außerdem überzeugt, daß dies weder die Absicht der Erklärungen Warth's war, noch ihre Wirkung sein wird.

Das Entscheidende an dem gesamten Problem der Schuldfrage liegt aber für uns in der Tatsache, daß die Lüge der alleinigen Schuld Deutschlands nicht allein in dem Versailles Diktat steht, sondern sogar dessen moralisches Rückgrat bildet. Unter der wahrheitswidrigen Behauptung dieses Artikels 231 hat letzten Endes vor allem die deutsche Arbeiterklasse zu leiden, und deshalb ist es die Pflicht der deutschen Sozialdemokratie, diese Legende zu bekämpfen, wenn neue Momente in die Diskussion geworfen werden, die geeignet sind, der Wahrheit zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Was der deutschen Reaktion nützen könnte, das wäre allerdings, wenn in der internationalen Arbeiterbewegung heute noch Stimmen laut würden, die jede sachliche Debatte über die Schuldfrage ablehnten und eine Erörterung nur solcher neuen Dokumente zu lassen würden, die zu einer Entlastung der Ententeregierungen, also zu einer Befreiung des einseitigen Versailles Schuldpruches dienen könnten. Wir sind aber sicher, daß alle französischen Sozialisten mit uns der Meinung sein werden, daß die neuerdings nachgewiesenen Fälschungen und Unterschlagungen des russischen Orangebuches einer sachlichen Erörterung gerade durch internationale Sozialisten erfordern und daß man sich nicht darauf beschränken darf, die Frage der Opportunität dieser Veröffentlichung aufzuwerfen.

Wie B.Z. erfährt, wird voraussichtlich von berufener Seite eine Antwort auf Bivianis Äußerungen zu dem Inter-

Wesley Bücher gibt es in der Welt? Ueber die Zahl der Bücher, die seit der Erfindung des Buchdrucks um die Mitte des 15. Jahrhunderts erschienen, sind bereits vielfache Schätzungen gemacht worden. Ein englischer Bibliothekar führt an, daß man die Zahl der sämtlichen bisher gedruckten Werke auf 10 bis 20 Millionen veranschlagt. Die Zahl der sog. Infimablen, der Frühdrucke, die noch ins 15. Jahrhundert fallen, wird auf 40 000 Bände geschätzt. Die Neuerscheinungen des 16. Jahrhunderts nimmt man mit 570 000 Bänden an, im 17. Jahrhundert waren es schon 1 250 000, im 18. Jahrhundert 2 Millionen und im 19. Jahrhundert 8 250 000. Damit würde die Gesamtsumme der gedruckten Werke bis zum Anfang unseres Jahrhunderts auf 12 110 000 verschiedene Bücher beziffert werden. Nicht gerechnet sind dabei die periodischen Veröffentlichungen, die man nicht als Bücher bezeichnen kann und deren Zahl auf etwa 15 Millionen geschätzt wird. Die Menge von Neuerscheinungen, die alljährlich in unserem Jahrhundert herausgegeben worden sind, ist auch nicht ganz genau zu bestimmen. Man schätzt aber die Bücherernte eines Jahres auf mindestens 288 000 Bände. Nimmt man die durchschnittliche Zahl der Neuerscheinungen in den letzten 22 Jahren nur mit 200 000 Bänden das Jahr an, so ergäbe das eine Summe von 4 400 000 Bänden seit 1900. Nach diesen Berechnungen beträgt also die Gesamtzahl der gedruckten Werke in der Welt über 16 1/2 Millionen. Fragt man nun weiter nach dem Wert dieser ungeheuren Zahl, so kommt man mit dem Bibliothekar zu sehr pessimistischen Betrachtungen. Der Bücherkenner behauptet, daß von diesen 16 1/2 Millionen Neuerscheinungen höchstens 50 000 der dauernden Erhaltung wert gewesen seien; allezeit seien es auch nur 20 000 Bücher, die sich noch lebendig erhalten haben, und jedenfalls würde es einem schwer werden, auch nur 5000 Büchertitel aufzuzählen von Werken, deren Verlust die Menschheit arm machen würde.

Ballstänke, Theater am Kaiserplatz. In Abänderung des Spielplans gelangt am 8. nicht „Ueber die Kraft“ (I. Teil), sondern um 7 1/2 Uhr: „Der Versuchender“ zur Aufführung.

Am Pessimismus hielt Werner Schmidt am 6. Dittwoch abends 8 Uhr aus Worten moderner Dichter: Lieber des Dentes und der Liebe. Eintritt frei.

Zum Gedächtnis Ludwig Feuerbachs hält Gen. Dr. Kpel am 4. d. M., abends 7 1/2 Uhr, Geyersstr. 30, bei unentgeltlichem Eintritt einen Vortrag.

Im Tom veranstaltet Walter Fischer am Donnerstag, 8 Uhr, ein Diner, bei dem Frau Hols Weller (Kapron) und Herr Hans Bucher (Wolke) mitwirken. Eintritt gegen Entnahme eines Programms (5 M.).

Die Eintrittspreise für die vrenhischen Schüler sind von jetzt ab allgemein auf 100 M. für das Vorkursstudium, die Silberpatente in Sanssouci, das Schloss auf der Pfaueninsel und Schloss Charlottenhof auf 50 M. festgesetzt. Deutsche und Deutschösterreichische zahlen den ermäßigten Preis von 20 M. bzw. 10 M.

Dein Tanz, er ist schon Hochverrat. Nadora Duncan hat Besch. Er reformierte sie den Tanz, dann beiseite lie die Gezeiten zum Krieg gegen die Finnen, und auch im H. Rußland fand sie nicht das erlebte Paradies. Die Sozialisten verstanden offenbar nicht die Revolution ihrer Zeit. In Amerika ist ihr gar nicht zum Gatten, dem russischen Dichter Kesslin, die Erlaubnis verweigert worden, sich dort aufzuhalten. Die Behörden erklären, daß das Paar verdächtig sei, Agenten bolschewistischer Propaganda zu sein.

wies des Reichskanzlers in der Schuldfrage erfolgen. Es kann indessen schon jetzt darauf hingewiesen werden, daß Bivianis Entgegnungen als übereilt angesehen werden müssen, da er noch seinen eigenen Worten die Veröffentlichung des Freiherrn v. Romberg nicht kennt. Daher kommt es auch, daß er die neuen Tatsachen, die aus Romberg's Schrift hervorgehen, unberücksichtigt läßt und er die altbekannte französische Version wiederholt. Deshalb der Reichskanzler, wie Herr Biviani meint, über die diplomatischen Archive mit größerer Bescheidenheit sprechen soll, ist nicht recht einzusehen, da die von ihm geleitete Regierung die deutschen Geheimarchive mit einer Vollständigkeit geöffnet hat, die Herrn Biviani gestattet aus deutschen Geheimdokumenten zu zitieren, während die französische Regierung ihre Archive noch immer ängstlich verschlossen hält. Den 900 unverletzten deutschen Dokumenten stehen lediglich die 160 des französischen Orangebuches von 1914 gegenüber, von denen bereits mehrere als Fälschungen festgestellt wurden.

Parteigenossen, Gewerkschaftskollegen!

In Nürnberg ist die Einigung der sozialdemokratischen Parteien vollzogen worden. Die geeinigten sozialdemokratischen Parteien tritt in ihrer alten Geschlossenheit und Einigkeit wieder auf den Plan. Arbeiter! Gehet von den Betrieben aus in die folgenden

Versammlungen

in denen über die Aufgaben der geeinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands gesprochen wird.

Mittwoch, den 4. Oktober:

4 1/2 Uhr: Kammeräle, Teltower Straße 1

4 1/2 Uhr: Deutscher Hof, Ludwiger Straße 15

4 Uhr: Kronen-Brauerei, Alt-Doabit 49

4 1/2 Uhr: Andreas-Festhalle, Andreasstr. 21

7 Uhr: „Kasino“, Wildau

Donnerstag, den 5. Oktober:

4 1/2 Uhr: „Schultheiß“, Hasenheide 22 31

Freitag, den 6. Oktober:

4 Uhr: „Germania-Säle“, Chausseest. 110

Tagesordnung in allen Versammlungen:

„Was bedeutet die Einigung der Sozialdemokratie für die Arbeiterklasse?“

Referenten: S. Aufhäuser, Edward, August Haas, Konrad Hänisch, Erich Kuttner, Franz Künzler, Dr. Richard Lohmann, Meier, Emil Rauch, Emil Rabold, Wilhelm Reimann, Friedrich Schlegel, Heinrich Ströbel.

Eintritt gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches der USPD, oder SPD. Kollegen können durch Parteigenossen eingeführt werden. — Für die Betriebe, die nicht im Bereich der vorstehenden Versammlungslokale liegen, werden demnächst weitere Versammlungen einkunden.

Bezirksverband Berlin
der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
J. A. Reintnecht, Holz.

Kommunistische Enttäuschung.

Halle, 3. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der lärmend angekündigte kommunistische Demonstrationstag bedeutet für die Kommunisten eine furchtbare Enttäuschung. Während bei den allgemeinen Demonstrationen der halleischen Arbeiterklasse in der letzten Zeit etwa 50 000—60 000 Arbeiter beteiligt waren, zeigte die öffentliche Demonstration der Kommunisten zugunsten des Reichsbetriebsrätekongresses nur eine Teilnehmerzahl von insgesamt 1500. Dabei war durch die Zeitung und in den Fabriken für die Demonstration eine ungewöhnlich große Propaganda gemacht worden. Zwei unbekannte Kommunisten hielten Brandreden, in denen die Worte SPD, USPD, DDB, verräter solange wiederholten. Die Demonstranten nahmen die Ausführungen mit eisiger Ruhe entgegen. Da zur selben Zeit die halleische Stadtverordnetenversammlung tagte, ließ man aus der Menge sechs Vertreter wählen, die sich zur Versammlung der Stadtverordneten zu begeben hatten, um die Forderung auf Anerkennung eines Kontrollausschusses der Betriebsräte durch den halleischen Magistrat zu verlangen. Als die Stadtverordnetenversammlung es ablehnte, die Delegierten zu empfangen, entstand ein Hüllenlärm auf der Tribüne im StadtverordnetenSaal. Der Stadtverordnetenvorsteher ließ die Tribüne räumen, worauf jugendliche Kommunisten die Internationale abfingen. Nachdem die Tribüne geräumt war, drangen die kommunistischen Abgeordneten der Demonstration mit Gewalt in den StadtverordnetenSaal ein. Die Sitzung wurde auf 10 Minuten unterbrochen. In einem Privatgespräch teilte der Vorsteher der Delegation mit, daß die Stadtverordnetenversammlung eingangs 20 Millionen Mark zur Verringerung der Not der Bevölkerung bewilligt habe. Darauf zog die Delegation befriedigt mit dem Bemerkten ab, daß die kommunistischen Stadtverordneten die ganze Geschichte inszeniert, den Delegierten von dem Beschluß der Stadtverordneten aber nichts gesagt hätten. Von der Forderung auf Anerkennung des Kontrollausschusses war keine Rede mehr, ein Beweis, wie wenig tief selbst bei den Kommunisten das Bedürfnis nach Kontrollausschüssen ist.

Kapitalistenziel Sowjetrußland.

Moskau, 2. Oktober. (RIA.) „Ekonomscheskaja Schina“ hat einen Artikel Krassins über die Aussichten des russischen Außenhandels im nächsten Wirtschaftsjahre veröffentlicht. Es heißt darin: Das laufende Jahr war das erste, in dem wir eine Entwicklung des Exports erzielten. Dieser Aufschwung ist der größte Erfolg unserer neuen Wirtschaftspolitik. Alle russischen Wirtschaftsorgane müssen zur Erreichung dieser Ziele bewußt beihilflich sein. Dazu ist die Heranziehung des ausländischen Kapitals erforderlich. Die vorliegende Form für die Mitarbeit des Auslandskapitals in Gestalt gemischter Gesellschaften und die Teilnahme der Regierung begegnen nie prinzipieller Einwendung. Die wichtigsten Gesellschaften, wie Hamburg—Amerika—Linie, AEB, Siemens, Sinnes, Widors, arbeiten auf solcher Basis oder führen Verhandlungen zur Gründung solcher Gesellschaften. Die Hindernisse liegen nicht in den Wirtschaftsbedingungen, sondern in dem politischen Druck der Allierten, die Rußland in die Knie zwingen möchten. Im nächsten Jahre wird die Sowjetrepublik auch diese Hindernisse überwinden.

Die „Deutsche Zeitung“ ist in den Bräuterköpfen Düsseldorf und Duisburg-Mühlort endgültig verboten worden.

Landtag und Wohnungsfrage.

Der Preussische Landtag verhandelte am gestrigen Dienstag über das Wohnungsgesetz.

Hg. Meyer-Solingen (Soz.)

besprach mit überzeugenden Ausführungen die Ursachen des Wohnungsmangels, den Preiswucher auf dem Baustoffmarkt und neue Mittel und Wege, die uns aus dem Wohnungsmangel herausbringen können. Gegenüber Dr. Grundmann (D. Sp.) betonte unser Genosse, daß die Wohnungszwangswirtschaft unmöglich am Wohnungsmangel schuld sein könne; denn auch in den neutralen Ländern und in den Siegerstaaten, wo keine Wohnungszwangswirtschaft bestiehe, sei der Wohnungsbau zurückgegangen. Die schlimmen Erfahrungen auf dem Gebiet der Ernährung mit der freien Wirtschaft müssen eigentlich die bürgerlichen Parteien warnen. Ohne Steigerung der Bauaktivität natürlich keine Hebung der Wohnungsmangel! Aber wie die Bauaktivität steigern? Zunächst durch

Bekämpfung des Wuchers auf dem Baustoffmarkt.

Das Kubikmeter Holz kostet heute 35 000—40 000 M. Unfortierte Breiter sind von 38 M. auf 20 000 M. gestiegen. Mit der Entwertung des Geldes allein sind diese Preise nicht zu erklären, mit den Lohnerhöhungen ebenfalls nicht. Der Lohnanteil an den Baukosten ist gegenüber der Vorkriegszeit gesunken. Gewaltige Mittel müßte das Reich vor allem den gemeinwirtschaftlichen Baubetrieben zur Verfügung stellen. Die Landesdarlehen müßten heraufgesetzt und die Wohnungsabgabe gesteigert werden. Gemeinden mit besonders starker Wohnungsnot müßten auch bei den Zuschüssen besonders berücksichtigt werden. Ferner ist ein Verbot von Luxusbauten notwendig. Energetische Entschlüsse und kräftige Hilfe müssen sofort einsehen, sonst würden die sozialen Bauvereine zusammenbrechen. Die Folgen wären unvorstellbar.

Minister für Volkswirtschaft Hirsfelder stimmt in vielen Punkten unserem Genossen zu und betont gegenüber dem Hg. Vredt (Wirtschaftspartei), dem Anwalt der Hausbesitzer, daß der

Mieterschutz die Wohnungsmieten aus der Valutasphäre herausgeholt

und verhindert habe, daß das Hauseigentum in die Hand der Ausländer überging. Die Tätigkeit der sozialen Baubetriebe hob der Minister rühmend hervor.

Nach einem langweiligen, öden und blöden Geschimpfe des Kommunisten Kiska auf die Sozialdemokratie sprach dann

Hg. Lüdemann (Soz.)

über die Bedeutung der Sozialen Baubetriebe. Er wies zunächst auf das unwirtschaftliche Gebaren des Zementindustrials hin, das mit seiner Preispolitik erreicht hat, daß auch völlig veraltete Werke noch über Wasser gehalten werden. Die Konkurrenz ist ausgeschaltet, der Preis wird diktiert und muß natürlich so hoch sein, daß sich auch die, mit vorwiegendlichen Methoden arbeitenden, veralteten Betriebe noch rentieren. Die Sozialen Baubetriebe haben durch Verhandlungen mit Außenleitern der Zementindustrie festgestellt, daß der Zement viel billiger geliefert werden könnte und daß bei neuen Betriebsmethoden mit weniger Kohle die gleiche Menge Zement hergestellt werden kann. Das Ziel muß sein: Steigerung der Produktion im Wohnungsbau. Bahndrehend für diese Steigerung sind die Sozialen Baubetriebe; sie arbeiten wirtschaftlicher und sozialer. Der Betriebsvorstand im Sozialen Baubetrieb hat nicht bloß die bescheidenen Rechte eines Betriebsrates, er ist wirklicher Leiter. Bei den Sozialen Baubetrieben haben wir Selbstverwaltung der Arbeiter, Mitverantwortung bei jedem Mitarbeiter, und so ist die Voraussetzung für die Arbeitsfreudigkeit gegeben. Ohne diese läßt sich bekanntlich auf die Dauer die Produktion nicht steigern. Die Sozialen Baubetriebe haben nicht den großen Kontrollapparat des kapitalistischen Betriebes. Es fallen die vielen kleinen Unternehmen weg. Damit sinken die Unkosten: Vereinfachung, Zusammenfassung, Verbilligung des Betriebes! So sind die

Sozialen Baubetriebe in der Lage, eine erhebliche Senkung der Preise

auf dem Baustoffmarkt herbeizuführen. Das ist volkswirtschaftlich ein Gewinn. Die privaten Bauunternehmer haben in einem Rundschreiben, das dem Kampf gegen die Sozialen Baubetriebe dient, die Unternehmer aufgefordert, zum Zwecke der besseren Konkurrenz gegen die Sozialen Baubetriebe Unkosten und Gewinne auf ein Minimum einzuführen. Damit ist also der Beweis gegeben, daß die Unternehmer vor der Existenz der Sozialen Baubetriebe unangenehmen Gewinn einfallt hatten. Die Sozialen Baubetriebe sind ein Schutz vor Ausbeutung und der Staat hat deshalb die Pflicht, diese Betriebe zu fördern. Baustoffbetriebe müssen ihnen angeliefert werden, um so die Produktivität und Rentabilität noch zu steigern. Die Kohle aus dem Ueberfließenabkommen hätte diesen gemeinnützigen Betrieben zugeführt werden müssen. Wäre das der Fall gewesen, dann hätten die Bergarbeiter kaum irgendwelche Schwierigkeiten gemacht. Die Bergarbeiter wollen wissen, wofür sie mehr Arbeit leisten sollen. Sie wollen nicht, daß der Gewinn aus dieser Mehrarbeit in fremde Taschen fließt. Die Sozialen Baubetriebe sind

ein Schritt zur Sozialisierung.

Selbst Parteifreunde Dr. Grundmanns (D. Sp.) haben die Ueberlegenheit der Sozialen Baubetriebe anerkannt. Wer den Fortschritt der Wirtschaft und damit das Wohl des Volkes fördern will, muß uns also im Kampfe für die Sozialen Baubetriebe helfen. (Beifalls links.)

Nach einer nehmöglichen Auseinandersetzung zwischen Dr. Vredt und dem Wohlfahrtsminister über den Mieterschutz, den schließlich auch der Sprecher der Wirtschaftspartei als notwendig anerkennen mußte, schloß die Aussprache. Die Anträge zur Ernährungs- und Wohnungsnot, soweit sie noch nicht in den Ausschüssen behandelt wurden, gehen an die Ausschüsse. Die Abstimmung über die übrigen Anträge erfolgt am Mittwoch.

Hierauf tritt das Haus in die gemeinsame Beratung von neun

Uranträgen und drei Großen Anträgen über

die Verhältnisse in Oberschlesien

ein. Es handelt sich dabei u. a. um das Gemeindeförderungsgesetz, die Flüchtlingsnot, Restandmaßnahmen, Feststellungen der Verdrängten (Schäden, Wohnungs- und Beamtensfragen. Nachdem Hg. Göbel (Z.) eine Große Anfrage seiner Partei über die Wohnungsnot in Oberschlesien begründet hat, vertagt sich das Haus auf Mittwoch, 12 Uhr. Schluß 1/2 Uhr.

Schulterror in Ostoberschlesien.

Nach Artikel 106 des Genfer Abkommens über Oberschlesien haben die Erziehungsbehörden die Schule zu bestimmen, in der die Kinder unterrichtet werden sollen. Auf Grund dieser Bestimmung wurden in Polnisch-Oberschlesien in manchen Gemeinden bis zu 90 Proz. der Kinder für die deutsche Minderheitsschule angemeldet. Daraufhin hat der Reichsaussch. im Gegenstand zum Abkommen, durch eine Verordnung vom 21. August 1922 bestimmt, daß die Schulleiter die Nationalität der Schüler festzustellen haben. Dabei haben die meist polnischen Schulleiter auch alle ehemals als zweisprachig bezeichneten Kinder der polnischen Schule überwiesen. Gegen diese und allerhand andere Uebergriffe hat der deutsche Vertreter in der Gemischten Kommission Beschwerde beim neutralen Vorsitzenden eingeleitet.

Der Fall Auer-Arco. In einer Sitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, des Bundesvorstandes und anderer Parteifunktionäre wurde die Angelegenheit Auer für erledigt erklärt. Wegen der Ueberführung des Raizenstrasses an Arco sprach die Sitzung ihre

Rückbilligung aus.

Die teure Seife.

Ungeheure Verteuerung der Rohstoffe. — Ein Blick in die Kosmetik.

In Friedenszeiten gab es ein hübsches Wort: Mit sieben Mark kann man eine Seifenfabrik einrichten und sich selbständig machen! War das auch etwas sehr Vollständiges, so gehörte doch tatsächlich zu solcher Einrichtung nicht viel. Wer nur ein wenig Bäckerei wußte mit der Sache, konnte zu Hause in irgendeinem Blechtopf Seife kochen, sie erkalten lassen, in Stücke schneiden und in eine Form pressen. Die Bestandteile waren billig, wurden halb verschenkt. Nur die Konkurrenz konnte abschrecken. Es gab fast soviel Seife wie Dreierschrippen beim Bäcker. Weil aber trotz aller Konkurrenz gut verdient wurde, schossen die Seifenfabrikanten und Seifenhändler wie die Pilze aus dem Boden. Viele Hausfrauen fanden dabei ihr Brot. Während der letzten Kriegsjahre und noch in der ersten Zeit nach dem Kriege, als es selbst in den größten Seifenfabriken an den technischen Bedarfsmitteln fast vollständig fehlte, wurden die Hausfrauen von Kaufleuten, vielfach Soldaten, die sich ausländische Seifen zu verschaffen gemüht hatten, überschüttet. Freilich war zwischen Seife und Seife schon immer ein gewaltiger Unterschied. So ganz leicht ist es denn doch nicht, eine wirklich gute Seife herzustellen. Jeder Fabrikant, jeder Händler ist willenlos abhängig geworden von dem auf diesem Gebiete ins Phantastische gestiegenen Preisdiktat für Rohstoffe. Den Verbrauchern gehen die Augen über, wenn sie hören, welche Riesensummen die Fabrikanten anlegen müssen, ehe sie überhaupt an die Fabrikation von Seifen, Cremes, Pasten und dergleichen denken können.

200 bis 500 Prozent Aufschlag.

Der Inhaber einer Berliner Fabrik von Haushalts- und Heilseifen erklärte: Seit 6 bis 7 Jahren wissen wir aus einer Schwierigkeit in die andere, um die für die Fabrikation nötigen Rohstoffe zu erhalten. Erst waren uns durch die Kriegswirtschaft die Hände fast völlig gebunden. Die kleinsten Kosten Rohstoffe, natürlich minderwertigster Art, mußten förmlich vermarktet werden. Kriegsgesellschaften und Vertriebsstellen arbeiteten mit Riesengewinnen und taten ihr Möglichstes, uns am Boden zu halten. Damals konnte Seife im freien Betriebe überhaupt nicht hergestellt werden. Unumstößlich herrschte die Kriegs-Kalküle. Der Wirtschaftszwang erforderte gänzliche Betriebsunterbrechung. Nur noch mit der Verarbeitung von Seifenpulver, das in einem reichlichen Maße ebenfalls minderwertig war, ließ sich etwas anfangen, beispielsweise für Reputationsmittel. Nach der glücklichen Beseitigung der Kriegsgesellschaften kamen wir durch den Rohstoff-Preiswucher aus dem Regen in die Traufe. Wer genügend Kapital hatte und große Rohstoffmengen rechtzeitig einkaufte, konnte es eine Weile aushalten. Nur zu bald sind uns die Zeitverhältnisse über den Kopf gewachsen. Eine gesunde und einigermaßen richtige Kalkulation ist gar nicht mehr möglich. Wie jeder Haushaltsplan in der Familien- oder kommunalen Verwaltung nach kurzer Zeit über den Haufen geworfen ist, so ergibt es auch uns. Wir müssen, ob wir wollen oder nicht wollen, fast schon von Woche zu Woche die Verkaufspreise nach oben schieben. Ich habe kürzlich für zehn Tonnen, also 200 Zentner, ätherische Öle und Fette, die im Frieden noch nicht zehntausend Mark kosteten, rund eine Million bezahlen müssen. Der Preis kann sich nur schwer eine Vorstellung machen, was das bedeutet. Die nächsten Finanzmittelsuche werden gemacht, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. Die Zeitungsvorleger, die unter dem Papierwucher leiden, erklären — und sicher mit Recht —, das Bezugsgehalt müßte eigentlich schon längst den Tausendmarktschein überschritten haben. Es wird also künstlich gedrückt um den Leser zu schonen, solange es möglich ist. Bei uns liegt die Sache genau so. Ein Stück guter Seife kostet heute schon 45—50 Mark. Gerade aber bei solchen Preisen, deren ungeheure Nebenkosten der Fernstehende nicht ahnt, hat die Kaufkraft und vor allem die Kaufkraft eine gewisse Grenze. So kauft man denn schon sehr billige und schlechte Seifenware, ohne wieder einmal einzusehen, daß die alte Ware, mag sie auch dem Käufer teuer erscheinen, viel rentabler ist.

Die kostspielige Aufmachung.

Merkwürdig ist, daß auch der höchste Preis für Seifen, Creme, Parfümerien und dergleichen willig gezahlt wird, wenn das Fabrikat ausländischen Ursprungs ist oder sein soll. Mit dieser Sucht nach

Ausländischem, auf dem hier behandelten Gebiete, besonders nach französischen Marken, stellt man sich ein starkes Zeugnis aus. Die deutsche Kosmetik ist so vorgeschritten, daß sie, wenn das Publikum mitgeht, die ausländische Konkurrenz gar nicht zu fürchten braucht. Schon in den letzten Friedensjahren waren deutsche Erzeugnisse bei bedeutend niedrigeren Preisen den fremdländischen durchwegs gleichwertig, vielfach überlegen. Man bezog sich selbstverständlich und notgedrungen Rohstoffe vom Ausland, aber die Verarbeitung mit deutscher Technik ist auf der Höhe. Bei uns wie jenseits der Grenze spielt jedoch die „Aufmachung“ eine große Rolle. Das ist ein gewaltig verteuender Fehler, aber — erläufig nicht zu ändern. Bunte Faltschachteln, schön geformte Bleituben, geschliffene Flakons, Schleifen und Bänder, stattliche Kartons müssen Augenweide sein und geradezu Suveränitätskraft ausstrahlen. Das wird vom Publikum verlangt. Deshalb kann auch die beste Ware, die allein durch sich selbst, durch ihren inneren Wert bestechen sollte, auf solche „Blender“ nicht verzichten. Ganz besonders wird auf „Duft“ gesehen. Was die Nase nicht befriedigt, ist zum Absterben verurteilt. Aber was kostet das alles, und welche Fülle von Nebenarbeit erfordert es! Mehr als die Hälfte des Wertes und Preises der eigentlichen Ware wird davon verschlungen. Wer aber diese Augen- und Rosenweide nicht mitmacht, wird verschlungen von der Konkurrenz.

Die Parfüms.

Folge mir wie du riechst, und ich werde dir sagen, wer du bist! Parfüms waren schon immer nur ein Luxusartikel. Heute sind sie erst recht zu entbehren. Trotzdem werden sie gekauft. Viel sogar. Auch der höchste Preis schreckt nicht ab, um sich schön und interessant zu machen. Schön? Es gibt Menschen, denen man gern aus dem Wege geht, wenn sie auf sieben Ellen gegen den Wind eine Wolke von Duft um sich verstreuen. Wandelt die Parfümlüfte! Sie merken gar nicht, diese aufgedunnenen Menschlein, wie lächerlich sie sich machen und wie sich alle Nasen schnuppernd aufbäumen. Angenehm wirkt nur das ganz Rohwolle und Dezent. Aber wer kauft eine Seife, eine Creme, eine Paste, die gar keinen Geruch hat? Niemand. Da ist wieder der Haken. Das Publikum will unbedingt „Duft“ haben und darf sich dann über die Verteuerung nicht wundern. Ohne Duft könnten alle diese Artikel um die Hälfte billiger sein. Es gibt keinen Geruch, den der Parfümlüfter nicht täuschend nachmacht. Schon vor Jahrhunderten schmirierte man sich wohlriechende Öle in die Veräulen und künstlichen Zöpfe.

Ein Blick in die Warenhäuser und Spezialgeschäfte zeigt uns nur einen kleinen Ausschnitt der verschiedenen Arten von Seifen, Cremes, Pasten und Parfümerien. Wohl bei keinem anderen Artikel ist der Geschmack des Publikums so grundverschieden. Es ist aber auch wirklich schon alles vertreten, was Menschengeist erfinden kann, von der Kinder-, Bade-, Toilette-, Reizmittel-, Altersseife bis zu jenen Seifen, welche die durch harte Arbeit schweißig und rauh gewordene Haut wieder weich machen soll. Möglicherweise jeden einzelnen auf seine besonderen Interessen hinzuweisen und ihn vor unnützen Gebrauchsgegenständen zu bewahren, hat also entschieden auch einen gesundheitlichen und sozialwirtschaftlichen Wert.

Hoch zu Ross.

Nun kommen endlich auch die Reispferde dran. Der Steuer- auschuß der Berliner Stadterordnetenversammlung ist über die Vorlage des Magistrats weit hinausgegangen und hat beschlossen, jedes Reispferd in Berlin mit 20000 Mk. Steuer, statt der vorgeschlagenen 4000 Mk., pro Jahr zu belasten. Der arbeitsame Bürger Groß-Berlins, den sein Erwerb zwischen den städtischen oder nördlichen Wohnvierteln und dem Zentrum hin- und herpendeln läßt, wird schwerlich wissen, ob es so etwas wie Reispferde überhaupt noch in Berlin gibt. Er sieht den Luxus, den neuen Reichtum sich lediglich in den Autos breitmachen, die alljährlich an ihm vorüberziehen. Aber wenn er sich dann doch einmal in den Westen verirrt, in den Tiergarten und darüber hinaus, so staunt er darüber, daß es auch in

Berlin von heute noch regelrechte, wohlgepflegte Reitwege gibt. Ein Ueberbleibsel aus jener Zeit, wo die Residenzstadt dem Luxusbedürfnis willfähriger als heute entgegenkam, wo man für eine verschwindend kleine Oberschicht, für Geburts- und Finanzaristokratie und für ihre „Erholung“ noch Millionen Steuergrößen verschwendete. Heute ist der Glanz und der Schimmer der Uniformen von diesen Reitwegen verschwunden, aber das eigene Reitpferd ist als Mittel für einen ganz besonders exklusiven Sport, als Zeichen eines Reichtums, der sich alles leisten kann, auch im Zeitalter des Automobils geblieben. Wir haben heute allerdings nur noch 500 Reitpferde in Berlin, deren Besitzer Hunderttausende für den Erwerb, Hunderttausende für die Erhaltung alljährlich draufwenden, um an jedem Tage in der Frühe einmal die erbsüßliche Welt der Arbeit aus der „Höhe“ zu betrachten und mit dem Wallensteinischen Kürassier zu sprechen:

„Will auf das Gehudel unter mir
Recht wegschauen von meinem Tier!“

Für dieses „Bergnügen“ dürfte in unseren Zeiten der bittersten Not wohl eine hohe Steuer auf allgemeines Verständnis rechnen. Sie wird bei dem beschlossenen Satz rund 10 Millionen im Jahre erbringen und ein neues Glied in der Kette der Luxusbesteuerungen bilden, jener Luxusbesteuerungen, die zwar insgesamt noch längst keinen gerechten Ausgleich bringen, aber in unserer Wirtschaftsordnung als ein Notbehelf betrachtet werden müssen, als ein Teilerfolg für die ungenügende Besteuerung der Riesenerträge und der Rieseneinkommen und für die mangelhaft durchführbare Kontrolle der Steuerhinterziehungen. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die neue Steuerordnung mit Freude zu begrüßen.

Amtliche Kohlenverteuerung?

Preiserhöhung ohne Genehmigung des Oberpräsidenten.

Am 1. Oktober sind auf der deutschen Reichsbahn die Frachtsätze um 100 Proz. erhöht worden. Obwohl sich diese Erhöhung frühestens Ende dieser Woche in den Preisen bemerkbar machen kann, hat das Berliner Kohlenamt sofortiger Wirkung die Kohlenpreise auf Grund der neuen Gütertarife um 50 R. pro Zentner erhöht. Auf die am Lager befindlichen Kohlen muß der Konsument also 50 R. Zuschlag zahlen, weil vielleicht am Freitag die ersten Kohlen eintreffen, die zu den erhöhten Tarifen befördert wurden.

Dieser Eifer des Kohlenamtes ist ganz unverständlich. Ebenso unverständlich ist die Erhöhung um 50 Mark, da die Frachterhöhung nur 18 Mark pro Zentner ausmacht. Unverständlich ist weiter, wie das Berliner Kohlenamt dazu kommt, sich eine tief einschneidende Verordnung ohne die Genehmigung des Oberpräsidenten herauszugeben. Das Amt hat zwar mitgeteilt, daß der Oberpräsident seine Genehmigung erteilt habe, in Wirklichkeit ist er aber, wie wir hören, gar nicht gefragt worden. Der Oberpräsident wäre also durchaus berechtigt, die Aufhebung dieser Berliner Kohlenpreiserhöhung zu fordern und trug sich auch mit dieser Absicht. Sofort setzte aber der Sturm der Interessenten ein. Die Kohlenhändler drohten mit der Schließung ihrer Lagerplätze und ihrer Kontore, um so die Versorgung der Bevölkerung mit Brennmaterial einzustellen. Es hat den Anschein, als hätte der Oberpräsident vor dieser Androhung bereits den Rückzug angetreten. Er hat die Berliner Verordnung noch nicht aufgehoben und wird erst im Laufe des heutigen Mittags mit Vertretern der preussischen Regierung verhandeln.

Anfere Erachtens liegt zu solchen Verhandlungen gar kein Grund vor. Einmal hat das Berliner Kohlenamt sich dadurch ins Unrecht gesetzt, daß es ohne Befragen des Oberpräsidenten die Kohlenpreiserhöhung diktierte und zweitens bedeutet die Erhöhung im jetzigen Augenblick eine glatte Unterstützung des Buchers, denn man kann nicht auf Grund einer kommenden Verteuerung der Frachtsätze von Amts wegen die Genehmigung zur Erhöhung der zurzeit am Lager befindlichen Bestände erteilen. Wir erwarten vom Oberpräsidenten, daß er die Verordnung des Berliner Kohlenamtes nur unter der Bedingung genehmigt, daß sie nicht vor dem 7. Oktober in Kraft tritt. Dem Berliner Kohlenamt aber wäre zu raten, sich mehr von den Interessen der Allgemeinheit als denen einer profitierenden Händlergruppe leiten zu lassen.

24) Sachawachial der Eskimo.

Von Einar Mikkelsen.

Seine Kameraden hatte es eilig; mit Hilfe der Eskimos beluden sie Joes Schlitten und gingen dann hinein, um Essen zu machen. Der Geruch von gebräutem Fleisch erfüllte den Raum. „Das Essen ist fertig, Joe, sei nun ein Mann, komm zu dir, ich — dein Schlitten steht besetzt, deine Hunde haben sich ausgeruht, du mußt nach Süden fahren und immer weiter fahren, bis du tief hinein nach Alaska gelangst, an Orte, wo Sachawachial dich nicht erreichen kann, jetzt gehen wir dir recht, es geht ums Leben, du fährst um dein Leben!“

Und wieder machte sich Joe auf den Weg und trabte mit der weinenden Iglurak neben dem Schlitten her. Die drei in der Ice Cape waren froh, als sie die beiden zwischen den Eisstauungen gen Süden verschwinden sahen, und erst als sie fort waren, schätzten sie die Angst, die sie bei der Nachricht überfallen, daß Sachawachial Ujarak, den gefürchtetsten Mann Nuwufs, getötet hatte, von sich ab.

7.

Die Eskimos in Nuwuf schüttelten die Köpfe, als sie Sachawachial ohne Hunde und ohne Schlitten, nur mit etwas Essen auf dem Rücken und einer Büchse, von dannen ziehen sahen. Es kam selten vor, daß er die Waffen der Weißen gebrauchte, er hatte noch kein richtiges Vertrauen zu ihnen. Aber jetzt, im Kampfe mit den Weißen, waren sie notwendig. Ein Speer tauchte wohl im Nahkampf, aber er konnte die Weißen genügt, um einzusehen, daß ein Nahkampf nicht wahrscheinlich wäre. Es würde wahrscheinlich aus weiter Entfernung geschossen werden, da war eine Büchse das Beste, auch für ihn. Aber den Speer behielt er trotzdem, und jedesmal, wenn er an den Augenblick dachte, wo er seine Feinde endlich eingeholt haben, und die Strafe vollziehen würde, sah er sich selbst niemals aus weiter Entfernung schießend, nein, ganz dicht im Ringkampf, Mann gegen Mann, das war seine Hoffnung; und seine Hände trampften sich zusammen, er sehnte sich und meinte schon Joes zappelnden Körper unter sich zu fühlen. Er freute sich teuflisch bei dem Gedanken an den Augenblick, wo seine Hände um Joes Kehle greifen und zudrücken konnten, zudrücken — bis seines Feindes Bewegungen matter und matter wurden, bis aller Widerstand

aufhörte und er den leblosen, verhassten Körper von sich schleuderte.

Aber die Büchse war trotzdem das sicherste, und mit ihr auf dem Rücken, den Speer als Stab in der Hand, verlief er Nuwuf, das aufatmete, als er nicht mehr da war.

Halb lief er, halb ging er die Küste entlang, wo er jeden Fußbreit Erde von früheren Reisen her kannte. Er wußte, wo der beste Weg zu finden war, tief über die niedrigen, flachen Sandbänke, die gerade so hoch aus dem unebenen Küsteneis hervorragten, daß der Wind den lofen Schnee fortsetzen konnte. Da war der Weg gut, und er lief, den ganzen Tag, tief, um das stüchlige Paar einzuholen, tief, um seinen Sinn zu befähigen, um Frieden und Ruhe vor seinen bohrenden Gedanken zu finden.

Am ersten Tage war das Wetter gut, so daß Sachawachial ein ordentliches Stück vorwärts kam, bevor die Dunkelheit einbrach und ihn zwang, in einem Iglu, den er von früher her kannte, Schutz zu suchen.

Aber Joe war dort gewejen, und als Sachawachial endlich zu dem Iglu gelangte, fand er ihn leer. Es war kein Mensch zu sehen, nicht einmal ein Hund, doch viele und frische Spuren verrieten seinem geübten Auge, was geschehen war, die Bewohner des Hauses waren vor nicht langer Zeit gen Osten gefahren, landeinwärts. Sachawachial grubelte, er verstand das nicht, weshalb waren sie nach Osten ins Land hineingefahren, mit allem, was sich im und am Iglu befand, jetzt, so spät am Tage? Was sollte das bedeuten, wo wollten sie hin? Weit konnten sie nicht fort sein, die Spuren waren ganz frisch, und einige Augenblicke dachte er daran, ihnen zu folgen, er wollte so gerne mit Landseuten zusammentreffen, um etwas Neues über die Flucht des schwarzen Joe zu erfahren, mit Freunden, die ihm erzählen konnten, wann Joe vor hier abgereist sei. Aber es war niemand da, und den Gedanken, ihnen nachzugehen, gab er bald auf. So trock er also in den verlassenem Iglu, machte sich etwas Essen und schlief, schlief, wie man nur schläft, wenn die Tagesarbeit aus einem Lauf von zehn Meilen bestanden hat.

Am nächsten Tage herrschte Nordsturm, und der Schnee stäubte hoch, als Sachawachial seinen Lauf an der Küste entlang fortsetzte. Er versuchte, auf den Sandbänken zu laufen, wie am vorhergehenden Tage; aber er konnte sich in dem rasenden Sturm nicht zurechtfinden, es lag kein Schnee mehr, und die Sandbänke waren mit einer dünnen Schicht Eis überzogen, die so glatt war, daß er inmitten der Sturmböen vorwärtsrutschte, ohne Gewalt über seine Beine zu haben.

Das ging nicht, war zu gefährlich, also hinunter zum Strand, zum Seeis, da konnte er festen Fuß fassen. Der Wind umpfliff ihn und wirbelte Wolken von Schnee auf den einsamen Wanderer hernieder; er taumelte und schwankte bei den gewaltsamen Windstößen und versuchte oft vergeblich, das Gleichgewicht zu halten, jedoch, ein Fall, was schadete der? Er konnte ja wieder aufstehen und laufen, immerzu laufen, bis er wieder hinfiel.

Der Wind pfliff lauter, fauste und brauste um ihn herum, der Himmel war dunkel bezogen, die Sonne verschwunden, nichts warf mehr Schatten. Das Eis schien ganz flach zu sein, die Unebenheiten verschwanden in dem schlechten Licht, und blindlings taumelte Sachawachial umher, fiel in tiefe Löcher oder über große Eisblöcke. Dann versuchte er weiter herauszukommen, fort von dem aufgestauten Küsteneis, fand große, ebene Schollen und lief weiter; aber der Schnee war weich, er versank tief darin, bis zu den Knien, oft noch tiefer, ein Vordrücktommen war unmöglich, darum wieder zurück ans Land, und ganz verwirrt, vom Schnee geblendet, vom Wind vorwärtsgeblasen, eilte er nach Süden, die Büchse auf dem Rücken, den Speer in der Hand, bereit, beim ersten Anblick zu töten.

Er konnte nicht mehr, mühte Schutz suchen, und endlich fand er eine Spur, der er folgte und stand bald vor einem, vom Schnee fast zugewehrtem Iglu.

Er schüttelte den Schnee von seinen Sachen und trat dann durch den langen Gang in den Iglu hinein, schlug den Fellteppich, die Tür, beiseite und sah an zehn Männer und Frauen drinnen in dem warmen Raume sitzen.

Sie wandten sich alle nach der Öffnung um und erblickten einen schneebedeckten Fremden. Das Gesicht konnte man nur stellenweise erkennen, es sah Eis im Haar, die Augenbrauen waren voll Eis, und selbst an den Enden der Augenwimpern hingen schwere, kleine Eistropfen herunter. Der untere Teil des Gesichtes war vom Anorak bedeckt, der zu Eis gefroren war, überall befand sich Eis, nur die Augen waren frei, schwarz und glänzend sahen sie in die Hütte hinein.

„Fremder, komm herein,“ sagte der Rächststehende, aber die Einladung war überflüssig, Sachawachial stand bereits mitten im Iglu und taute den Anorak mit seinen Händen auf, und gleichzeitig brach er große Stücke Eis aus seinen vereinzelt Haartaaren, das Wetter war schlimm draußen.

„Wer bist du?“ fragte einer.
„Sachawachial — aus Nuwuf,“ kam es langsam.
„Sachawachial!“
(Fortf. folgt.)

Wir erleben Zeiten und Wunder. Die Industrie jubelt unter Kreditnot und Kapitalmangel — zur gleichen Zeit aber ersticht eine Reihe von Unternehmungen geradezu in Kapitalüberflut...

Daneben gibt es kleinere Unternehmungen, die infolge ihrer Ueberflüsse in der Lage sind, 100—150 Proz. Dividende, also das Gesamte und selbst das Anderthalbfache ihres Aktienkapitals mit einem Male unter die Leute zu bringen.

Aber es bedarf nicht erst feierlicher Anlässe, wie im Falle Harford des Geschäftsjubiläums, um eine erfolgreiche Lohnbewegung für die Aktionäre durchzuführen.

Indem sie über Mangel an Betriebskapital Klage führt, schüttet die Stahlfabrik chemische Fabrik (vormals Forster u. Grünberg) 100 Proz. also das volle Aktienkapital auf einmal aus.

Diese verhältnismäßig sehr hohen, im Hinblick auf die ungesicherte Kapitalnot geradezu ungeheuerlichen Dividenden werden herausgebracht, obwohl Banken, die für die Kreditnot verantwortlich sind, in den Aufsichtsräten der fraglichen Unternehmungen vertreten sind.

Interessengemeinschaft in der Metallindustrie. In der außerordentlichen Generalversammlung der Selde-Aktiengesellschaft in Akena wurde beschloffen, an Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft die Ermächtigung zu erteilen, eine Interessengemeinschaft zwischen folgenden Unternehmungen der Metallindustrie: C. Hedmann u. G. Duisburg, Vereinigte Deutsche Riefelwerke A. G. Schwerte, Wielandwerke A. G. Ulm, und der Selde-Aktiengesellschaft zu vereinbaren.

Alle wollen an Rußland verdienen. Der Vertreter der Schweizerischen Volksbank hat der Außenhandelsabteilung in Petersburg angeboten, Schweizerischen Unternehmungen Verleihen zu geben und erklärte, daß die Schweiz bereit sei, mit Rußland direkte Beziehungen aufzunehmen und Kredit zu gewähren.

Die Neubildung der russischen Privatindustrie. Einer Denkschrift zufolge, die in dem Organ des Obersten Volkswirtschaftsrates abgedruckt ist, sind in Sowjetrußland zum 1. Juli d. J. insgesamt 4256 nationalisierte Betriebe mit durchschnittlich je 18 Arbeitern verpackt worden (die in großer Zahl verpackten Mühlen sind in dieser Aufstellung nicht enthalten).

Devisenkurse.

Table with 4 columns: Date (3. Oktober, 2. Oktober), Käuferskurs (Geld), Verkäuferskurs (Brief), and various currency rates for 100 units of foreign currency.

Bei den mit * bezeichneten Devisen überfließt die Nachfrage das Angebot derart, daß sie nur durch Zuteilung gedeckt werden konnte. Es wurden 50 bis 75 Proz. der angeforderten Beiträge geliefert.

100 Polennark gelten etwa 21,20 Mk.

Z. H. Fischer und H. Müller als Schriftführer, die Genossen und Genossinnen Frau Demming, Herbst, Kohl, Krüger, Schlichting, Frau Scholz als Beisitzer.

Preiswerter Seefischverkauf. Am heutigen Mittwoch findet wiederum ein Verkauf preiswerter Seefische in den an den Anschlagplätzen bekanntgegebenen Verkaufsstellen statt.

In Sachen der unter Geschäftsaussicht stehenden Friedrichsberger Bank bittet uns der Lehrer Wichmann auf ihn gerichtete Anfragen mitzuteilen, daß er dem vom Amtsgericht eröffneten zweiten Zwangsvergleich widersprochen habe, weil die Gläubiger bei der enormen Wertfälligkeit der Bankgrundstücke ihr Geld jetzt voll mit Zinsen und Schadenersatz beanspruchen können.

Die Arbeiter-Zamratikafonnie Berlin, e. B. Berlin, Schönholzer Straße 50, Abteilung Panion, veranstaltet wie immer auch in diesem Jahr im Monat Oktober einen Kurkurs über erste Hilfe in der Schule Schulstraße (nächst Bismarck) abends 7 Uhr.

Kulturminister a. D. Gen. Konrad Haenisch spricht heute, Mittwoch abend, auf Einladung der Jungsozialisten im Reichstagsgebäude, Saal 31, Vorlat V, über: „Sozialismus und Kulturpolitik“.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 2. Kreis Tiergarten. Zu der am Mittwoch, den 4. Oktober stattfindenden öffentlichen Versammlung in der Kronen-Panzerri, W.-Krauß 49, haben sämtliche Genossinnen und Genossen zu erscheinen.

Heute, Mittwoch, den 4. Oktober:

- 54. Vst. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr Frauenversammlung im Jugendheim, Rahmenstr. 4. Thema: „Warum bin ich Sozialdemokrat?“ Referent: Genosse Kette.

Morgen, Donnerstag, den 5. Oktober:

- 12. Vst. 8 Uhr Funktionärsversammlung bei Schmidt, Wilmstr. 17. Alle Funktionäre müssen unbedingt erscheinen.

Frühere USPD!

Republikanische Feiertage. Sonntag, den 22. Oktober, vormittags 11 Uhr, findet im Großen Schauspielhaus in der Reichstraße die nächste Veranstaltung statt.

Morgen, Donnerstag, den 5. Oktober:

- 4. Verwaltungsbereich, 11., 12., 13. und 14. Bezirk. 7 Uhr gemeinsame Funktionärsversammlung im Saal der Freireligiösen Gemeinde, Pappelallee 15.

Jugendveranstaltungen.

Achtung, Mitglieder der Abteilung Säben! Der Musikabend im Jugendheim Lindenstraße fällt heute abend aus.

Mitgliederversammlungen am Mittwoch, den 4. Oktober:

- Holländer bei Grünau: Jugendheim Gemeindefabrik Hofstraße, — Friedrichsberger: Jugendheim Berliner Str. 44. — Friedrichsberger: Jugendheim Schornweberstr. 106.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend. Geschäft mäßig. Fische knapp. Geschäft reger. Obst und Gemüse reichlich. Geschäft flott.

Am Dienstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise: Rindfleisch 105—162 M., ohne Knochen 150—172 M. Schweinefleisch 175—235 M. Kalbfleisch 118—200 M. Hammelfleisch 118—156 M. Schellfisch 40—60 M. Seelachs 55—75 M. Rotzungen 33—44 M. Grüne Herings 40—56 M. in Eis: Aale 165—182 M. Hechte 110—120 M. Schlei 106—110 M. Karpfen 100—110 M. Lebende Aale 188—200 M. Hechte 130—144 M. Bleie 80—96 M. Eier 20—22,50 M. das Stück.

Chepaar Morvilius wieder verhaftet.

Großes Aufsehen erregte seinerzeit die Verhaftung des früheren Direktors der Reichstreupandgesellschaft Morvilius, nachdem dessen Frau mit ihrer Schwester bei Ladendiebstählen abgefaßt worden waren.

Die neue Erhöhung der Mietzuschläge.

Der städtische Ausschuss für das Wohnungswesen hat nach eingehenden Verhandlungen mit den Vertretern des Hausbesitzes beschlossen, dem Magistrat die Erhöhung des Mietzuschlages für die Rillabfuhr von 50 auf 100 Proz. vorzuschlagen.

Die Dentisten gegen den Zahnarzt.

Vor dem Schöffengericht Neudölln wurde eine Verteidigungsfrage des Neudöllner Zahnarztes Freund gegen den Dentisten Bärwald und den Sekretär Kornfeld verhandelt, zu der ein halbes Hundert Zeugen, darunter viele Dentisten, aufgeboden waren.

Vor Gericht erklärte der Kläger Freund, alle Beschuldigungen gegen ihn seien un wahr. Bärwald habe bei seinen Angriffen sich von Konkurrenzneid leiten lassen, Kornfelds Verhalten erkläre sich aus den Vorgängen beim Mieteinigungsamt.

Am Dienstag wurde die Beweisaufnahme zu Ende gebracht. Ihr Ergebnis sah Rechtsanwalt Dr. Weinberg als Vertreter des Klägers Freund dahin zusammen, daß den Angeklagten der Wahrheitsbeweis nicht gelungen sei.

Konkurrenzneid ist den Angeklagten nicht nachgewiesen worden. Sie haben teils aus Standesinteressen, teils aus politischen Beweggründen gehandelt. Bärwalds Angriffe gegen Freund in seinem Schreiben an das Bezirksamt sind als berechtigt erwießen worden.

Der Angeklagte Kornfeld wurde freigesprochen. Gegen den Angeklagten Bärwald erkannte das Gericht auf 50 Mark Geldstrafe. Zu den Kosten des Verfahrens hat er noch 50 Mark Beitrag zu leisten; alles übrige wird dem Kläger auferlegt.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in ihrer jetzigen Zusammensetzung aus den Mitgliedern der SPD. und den Mitgliedern der früheren USPD, hatte gestern ihre erste Sitzung. Genosse Pannkuch als Alterspräsident eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, die die Freude über den Einigungsbeschluß des Nürnbergger Parteitag ausdrückte.

Die Kathenaumörder vor Gericht.

SPD. Leipzig, 4. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Der erste Tag des Kathenaumörder-Prozesses war lediglich feierlicher Auftakt. Aber schon gestern fühlte man bereits die politische und historische Bedeutung dieses Prozesses heraus, fühlte man, daß hinter jenen 13 auf der Anklagebank stehenden und eigentlichen Angeklagten eine unsichtbare Angelegenheit stehen und der Beurteilung harren. Auch gestern fühlte man, daß hier nicht nur über den Mord in der Königsallee verhandelt wird, sondern über den Mordversuch am deutschen Volke. So, wenn der Verteidiger Ernst Werner Lechow, Justizrat Dr. Hahn, in einer fast parlamentarischen Obstruktionsrede die Gültigkeit des Staatsgerichtshofes überhaupt leugnete und die Verweisung der ganzen Angelegenheit an den Schwurgerichtshof verlangte. Noch einmal, wie so oft, ertönte hier die deutsch-nationale Jargon-Phrase vom Druck der Straße, noch einmal wurden konervative Rechtslehrer als Beweismittel zitiert. Noch einmal wurde der Versuch gemacht, die sozialistischen Laienrichter abzulehnen und den Präsidenten selbst, weil dieser in einer dienstlichen Mitteilung an den Reichsjustizminister die republikanische Zuverlässigkeit des Staatsgerichtshofes betont hatte. Noch einmal mußte der Staatsanwalt darauf hinweisen, daß das Gesetz zum Schutze der Republik durch die Zweidrittelmajorität des Reichstages verfassungsmäßige Geltung gewonnen habe. Zweimal mußte sich der Staatsgerichtshof zurückziehen, ehe er sozusagen zusammentreten, das heißt formell unantastbare Gültigkeit behalten konnte.

Auch die häufigen Versuche der Rechtsanwälte, die Schilde der Deutschnationalen Volkspartei und der verschiedenen völkischen Bünde blank zu wischen, erinnerte stark an das Politische dieses Prozesses. Bald scheint es, als bilde die Organisation Consul geradezu eine Schutzgarde der republikanischen Regierung, wenn man den Auslagen der Angeklagten zuhört. Nie war dort ein Sterbenswörtchen über Mord gefallen. Jugenderziehung in völkischem Sinne, Unterricht im Handgranatenschießen, im Fabrizieren von Giftsprühen, im Bekämpfen sogenannter Revolten von links. Sind das nicht die edelsten Ziele?

Wird man in diese subalternen leeren Angelegenheiten der meist jugendlichen Angeklagten, sieht man hier forciert solches Auftreten, spürt man hier militärisch gebrilltes Jambol, so weiß man, mit wem man es hier zu tun hat: mit Kadetten, die für ein nationalsozialistisches Edelmörderkorps gezüchtet wurden, die geistigen Offiziersaspiranten; sie können gehorchen, schweigen, sogar befehlen, aber denken können sie nicht. Der verstorbene Kern soll suggestiven Einfluß auf jüngere Kameraden ausgeübt haben, erzählte der Kapitänleutnant Tilleßen; daß er einen stehenden schwarzen Blick gehabt habe, erfahren wir vom Rechtsanwalt Dr. Bloch. Kern und seine suggestive Kraft ist nicht mehr strafbar, aber die suggestive Gewalt jener lebenden Kerne und Ueberkerne wird einfach totgeschwiegen. Schlimmer als ein stehender Blick wirkt der gedruckte und gesprochene Chauvinismus jener Schutzverbände, deren Idealismus selbst unter Preisgabe der augenblicklichen Angelegenheiten zu retten versucht wird. Gefährlicher als ein schwarzes Auge sind jene Heßblätter, deren Hersteller mit Handgranaten besser umgehen als mit der Feder. Es entbehrt nicht eines gewissen Reizes, daß offenbar als Berichterstatter eines solchen Blattes unter den Pressevertretern im Gerichtssaal der bekannte Herr Fleisch sieht, jener Fleisch, der Helferich den Blumenstrauch am Mordtage überbracht hat.

Verhandlungsbericht.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

B. S. Nach kurzer Beratung veränderte Reichsgerichtsrat Niedner, daß der Staatsgerichtshof den Antrag auf Ablehnung des Senatspräsidenten Hagens als unbegründet zurückweise.

Daraufhin übernahm Senatspräsident Hagens wieder den Vorsitz und ging dann noch einmal in ausführlichen Darlegungen auf den Inhalt der Anklage von dem in ihr dargestellten Tatbestand ein, wobei er den an der Wand des Saales ausgehängten Orientierungspylon erläuterte. Nach einer kurzen Schilderung, wie nach den angefertigten Ermittlungen das Attentat vollzogen wurde, beschäftigte er sich zunächst mit der Verlesung der Fischer und Kerns, die auf der Burg Soledad den Tod fanden. Bei Fischer siehe nach der Anklage die Zugehörigkeit zur Organisation Consul nicht fest Kern habe sich aber um die Aufnahme in die Organisation bemüht, habe sie aber nicht erreicht. Dann wurden weiter die bereits bekannten Vorgänge, das Zustandekommen des Mordplanes, die Beschaffung der Waffe und der Garage erörtert, wie sie in der Anklage nach dem Ergebnis der Voruntersuchung dargestellt worden ist. Dabei wurden auch mehrere charakteristische Aeusserungen der Täter zur Sprache gebracht. So sagte Kern am Morgen des 24., kurz bevor die Fahrt nach dem Grunewald angetreten wurde:

„Wir wollen sehen, ob wir Kathenau heute noch vor die Wölfe bekommen.“

Man fragte gleichzeitig den älteren Lechow, der das Auto fahren sollte, ob er auch für seine Nerven garantieren könne, was Lechow bejahte. Dann nahm das Auto, wie bekannt, in der Joachim-Friedrich-Straße im Grunewald Aufstellung, um den Wagen Kathenaus abzuwarten. Als das Auto dann in der Königsallee erschien, rief Fischer dem Lechow zu: „Fahren Sie los und machen Sie das besprochene Manöver!“ Lechow hat bei seiner Vernehmung angegeben, daß er nicht erwußt habe, daß es sich um das Kathenaumörder-Auto handle, er sei der Ansicht gewesen, er befinde sich auf einer Probefahrt. Dann habe er später hinter sich die Schüsse und den Knall einer Handgranate gehört und er habe mit dem Auto die Flucht ergriffen. Nach der Darstellung der Anklage hat Lechow dann in der Garage zu dem ihn erwartenden Günther gesagt:

„Die Sache hat geklappt, Kathenau liegt.“

Und später, als er Schütz und Dietel von der Tat erzählte, sagte er noch: „Wir haben es getan, um die Rollen zum Angriff zu reizen, uns ging das Geld aus.“ — Der Vorsitzende schloß dann seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß die in der Anklage enthaltene Darstellung keineswegs feststehende Tatsachen bedeute. Hierauf trat eine kurze Mittagspause ein.

Die Nachmittagsführung begann mit der Vernehmung des Hauptangeklagten Ernst Werner Lechow.

Der Angeklagte hat das Gymnasium besucht und war bis zum November 1919 Seefahrer, trat dann in verschiedene Freiwilligeformationen ein, so u. a. in das 8. Infanterieregiment, machte bei dieser Gruppe Kämpfe in Berlin mit, war dann vorübergehend bei dem Freikorps Sellow-Borbeck in Westpreußen und wurde im Dezember 1919 in die Ehrhardt-Brigade aufgenommen. Später studierte Lechow. Vors.: Sie sind

Mitglied der D. C.?

Angell: Jawohl. Vors.: Was ist die D. C.? Angell: Es ist eine Art kameradschaftlicher Vereinigung (1). Viele Leute, die bei Ehrhardt waren, haben sich in dieser Organisation zu-

sammengeschlossen. Vors.: Sie stellen es so dar, als ob die D. C. ein Kameradschaftsverein war. Besitzt die Organisation nicht einen Mittelpunkt? Angell: Das ist mir nicht bekannt. Vors.: Haben Sie noch nie gehört, daß das Zentrum der D. C. in München ist? Haben Sie nicht auch mit Ehrhardt direkt in Verbindung gestanden? Angell: Nein. Vors.: Welche Ziele verfolgt denn die D. C.? Angell: Bei drohenden Unterspülungen wollten wir uns der Regierung zum Schutze zur Verfügung stellen. Vors.: Sie sollen eine Anzahl Reisen für die D. C. durch Deutschland gemacht haben. Angell (nach kurzem Zögern): Darüber verweigere ich jede Auskunft. Oberreichsanwalt Ebermayer: Für die Ermordung Kathenaus sollen

besondere Leute der D. C. ausgesucht

und zu der Tat verpflichtet worden sein. Angell: Das ist nicht richtig, denn die Mitglieder unserer Organisation waren nicht zu besonderen Leistungen verpflichtet. Oberreichsanwalt Ebermayer: Sie sollen nach der Mordtat auch einmal gesagt haben, die Tat müsse beschleunigt werden, weil Ihre Geldgeber nichts mehr geben wollten. Angell: Ich habe das so gemeint, daß durch die allgemeine Geldentwertung auch den rechtsstehenden Reisen das Geld ausging.

Der zweite Angeklagte, Hans Oerd Lechow, gibt auf Befragen des Vorsitzenden an, daß er

dem Deutschen Schutzbund und Trugbund, dem Deutschnationalen Jugendbunde und der D. C. angehört

habe. Vors.: Sind Sie in der D. C. zu besonderen Zwecken verpflichtet worden. Angell: Nein, mir ist über die Organisation auch nicht viel bekannt, da ich aus ihr ausgeschlossen worden bin. Vors.: Sie sind ausgeschlossen worden, weil Sie die Organisation geschädigt haben. Angell: Dieser Grund wurde mir gegenüber geltend gemacht. Ein Beiführer: Sollte die D. C. auch etwa gegen Kuffstände von rechts eingreifen und sich der Regierung zur Verfügung stellen? Angell (nach einigem Überlegen): Davon ist mir nichts bekannt.

Angell: Willi Günther, dem vom Vorsitzenden vorgehalten wird, daß er

wegen Fahnenflucht zu einem Jahr fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, schilderte sehr ausführlich, jedoch meist kaum verständlich seinen Lebenslauf. Er erklärte, daß er durch den Deutschnationalen Jugendbund

mit hochgestellten Persönlichkeiten in Berührung

gekommen sei. Er sei als Kriegsfreiwilliger 1915 eingetreten, und zwar bei dem Dillstedter Infanterieregiment. Später sei er dann infolge einer Schutzvorlesung zur Infanterie versetzt worden, kamte dort aber keinen Dienst tun und wurde zu einer Fuhrparkkolonne im Westen abkommandiert. Da sich ihm jedoch keine Beförderungsmöglichkeiten boten, ging er schließlich in die Türkei. Vors.: Sie waren auch am Kapp-Putsch beteiligt? Angell: Jawohl, ich war durch meine Ortsgruppe, deren Leiter ich war,

mit Herrrer Traub bekannt

geworden und kam so in den Kapp-Putsch hinein. Der D. C. habe ich jedoch nicht angehört, wohl aber dem Deutschnationalen Schutzbund und Trugbund. Vors.: Gehörten Sie auch zur Deutschnationalen Volkspartei? Angell: Ja. Ich möchte hier bemerken, daß man mir dort vorgeworfen hat, ich hätte Wahlgelder nicht ordnungsmäßig verwaltet. Das ist jedoch nicht wahr. Oberreichsanwalt Ebermayer: Sie haben sich zu dem Primaner Stubenrauch dahin geäußert, daß die Aufgabe der Mitglieder der D. C. die war,

besonders mißliebige Persönlichkeiten beseite zu bringen.

Diese Aufgabe wurde Stubenrauch überantwortet, die eine zweijährige Probezeit hinter sich hatten und durch das Los erwähnt worden waren. Angell: Davon habe ich nichts gesagt. Oberreichsanwalt: Das werden wir ja von Stubenrauch nachher hören. Sie haben doch außerdem noch Briefe an die D. C. nach München geschrieben. Justizrat Dr. Hahn-Berlin: Ich möchte feststellen, daß der Angeklagte Günther von der Deutschnationalen Partei ausgeschlossen worden ist wegen Mißbrauchs des Namens des Vorsitzenden, wegen grober Leichtsinnigkeit und wegen anderweitiger Verwendung von Wahlzetteln. Rechtsanwalt Dr. Sack: Mit welchem Recht nennen Sie sich überhaupt Mitglied des Offizierbundes, da Sie doch niemals Offizier gewesen sind? Angell: Mitglied des Offizierbundes kann jeder Mensch werden. Rechtsanwalt Bloch: Das ist unrichtig.

Der folgende Angeklagte Christian Nisemann hat die Reichsküche besucht, trat 1918 in die Marine als Kadett ein und ging nach seiner Entlassung zur Brigade Ehrhardt, wo er die Kämpfe gegen die Spartakisten mitgemacht hat. Später ging er zu keinem Vater nach Regio, kam aber im Frühjahr 1922 nach Deutschland zurück, wo er in Kiel mit Kern zusammentraf. Nisemann wollte nach seiner Rückkehr wieder in die Marine eintreten, gab jedoch den Gedanken auf. Er trat dann in das Expeditionsgeschäft von Bahn in Schwerin ein. Vors.: Gehörte dieser Herr Bahn auch zu der D. C.? Angell: Das weiß ich nicht. Vors.: Sie haben in München einmal bei dem Kapitänleutnant Hoffmann längere Zeit gewohnt, der dafür bekannt ist, hervorragend für die D. C. zu wirken. Wollten Sie durch ihn in die Organisation aufgenommen werden? Angell: Nein.

Der folgende Angeklagte Gustav Steinbeck war vom Jahre 1917—1920 Leutnant zur See. Er nahm dann am Kapp-Putsch teil, ging nach Bayern und wurde dann Arbeiter. Seit dem Herbst 1920 war er in Dresden, und zwar bei dem Deutschnationalen Jugendbund tätig. Vors.: Der Deutschnationale Jugendbund ist wohl eine völkische Organisation? Angell: Eine antisemitische.

Hierauf wurde der Privatdetektiv Waldemar Niedrig aus Hamburg vernommen, der bereits eine Vorstrafe von 6 Monaten Gefängnis wegen schweren Diebstahls verbüßt hat. Er war ursprünglich Landwirt und wurde dann Detektiv. Während der Unruhen in Oberschlesien gehörte er dem Selbstschutz an, leugnet aber, der D. C. angehört zu haben. Vors.: Sie haben aber selbst einmal gesagt, daß Sie bei der D. C. waren. Angell: Das habe ich damals falsch gesagt.

Als nächster Angeklagter wurde der Kaufmann Friedrich Baracke aus Hamburg vernommen. Vors.: Sie sind der Führer des Hamburger Sprengkommandos? Angell: Ich kenne kein Sprengkommando. Vors.: Sie sind aber

an verschiedenen Sprengstoffattentaten in Hamburg beteiligt

gewesen. Angell: Jawohl. Vors.: Sie waren Mitglied der Brigade Ehrhardt und haben später im Oberschlesischen Selbstschutz unter Kapitänleutnant Klinger gekämpft, durch den Sie dann zur D. C. gekommen sind? Angell: Jawohl. Vors.: Was war denn der Zweck der D. C.? Angell: Sie wollte Oberschlesien von den Polen befreien. Vors.: Sonst nichts? Angell: Sie wollte sich bei allen Umständen, sowohl inneren wie äußeren, zur Verfügung stellen. Vors.: Welches waren denn die weiteren Ziele der D. C.? Angell: Man erwartete noch einen weiteren Pöfenaufstand und innere Kämpfe. Weitere Ziele wurden nicht verfolgt. Vors.: Hat man Ihnen denn von irgendwelcher Seite oder von München her zugewinkt, in Hamburg Sprengstoffattentate gegen kommunistische Zeitungen zu verüben? Angell: Nein, das haben wir aus eigener Initiative gemacht, und zwar als Rache gegen die Demolierung des Kaiser-Wilhelm-Denkmal. Rechtsanwalt Dr. Luetgebrune: Wem wollte sich denn die D. C. bei inneren Zuständen zur Verfügung stellen? Angell: Der Regierung. Vors.: Gehört es denn nicht auch zu den weiteren Bestrebungen der D. C. die Regierung zu stürzen? Angell: Davon ist mir nie etwas gesagt worden.

Dann wurde der Angeklagte Bankbeamter Ernst v. Salo-

mon aus Frankfurt a. M. vernommen, der sich zunächst über seine Beteiligung an den Kämpfen des Freikorps Verthold in Harburg und des Oberschlesischen Selbstschutzes äußerte. Später habe er dann in Frankfurt in einer „nationalen Sache“ gearbeitet. Im befehlten Gebiet hätten nämlich französische Offiziere in Ziel einige nationalgesinnte Leute veranlaßt, eine Ordege für das befehlete Gebiet zu schaffen und hätten dann diese Herren gefangen genommen. An ihn, v. Salomon, sei dann herangetreten worden, an der Befreiung dieser Verhafteten mitzuhelfen, und diese Tätigkeit habe ihn bis kurz vor seiner Verhaftung in Anspruch genommen. Vors.: Wie sind Sie denn nach Berlin gekommen? Angell: Ich habe im Auftrage dieser Herren Reisen unternommen. Vors.: In der Untersuchung haben Sie behauptet, Sie wären zu einer Vergnügungsreise nach Berlin gefahren. Angell: Das habe ich nur gesagt, um die nationale Sache nicht zu verraten. In Berlin traf ich dann zufällig Kern, der gleichfalls wegen einer „nationalen Sache“ in Berlin war. Vors.: Sie sind Mitglied mehrerer nationaler Vereine? Angell: Ich gehöre nur dem Verband nationalgesinnter Soldaten und dem Jungdeutschen Orden an. Vors.: Nicht der D. C.? Angell: Nein. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte Salomon dann weiter, daß der Jungdeutsche Orden ziemlich unklare Zwecke verfolgte und antwortet auf eine Frage Dr. Luetgebrunes, ob der Orden nicht auch die Vereinigung der Klassen erstrebe, unter allgemeiner Heiterkeit: Jawohl, solche Phrasen wurden in dem Verein gemacht.

Die Vernehmung der beiden Garagenbesitzer, der Kaufleute Schütz und Dietel aus Berlin, gestaltete sich nur kurz. Beide erklärten, daß sie weder einem politischen Verein noch einer Partei angehört hätten und nur zufällig in die Kathenau-Affäre hineingeraten seien.

Unter allgemeiner Spannung wurde dann Kapitänleutnant a. D. Karl Tilleßen, der Bruder des unter dem Verdacht der Ermordung Erzhörsers verfolgten Heinrich Tilleßen vernommen. Er ist der Sohn eines im Jahre 1910 verstorbenen Generals. Wie der Vorsitzende einleitend feststellte, schwebt gegen ihn auch eine Voruntersuchung und ein Haftbefehl in Verbindung mit dem

Attentat auf Oberbürgermeister Scheidemann.

Vors.: Sie sollen nach der Flucht Ihres Bruders zynische Aeusserungen getan haben. Tilleßen: Ich habe mich bei meinen Aeusserungen immer nur an den Brief gehalten, den mein Bruder damals geschrieben hat und in dem er erklärt, daß er nicht der Täter sei. Vors.: Wo ist Ihr Bruder jetzt? Tilleßen: Das weiß ich nicht. Ich habe seit jener Zeit keine Verbindung mehr mit ihm. Der Angeklagte sagte weiter aus, daß er vom ersten bis zum letzten Tage Angehöriger der Brigade Ehrhardt gewesen sei. Er sei Mitglied keiner Partei gewesen, dagegen habe er sich in nationaler Hinsicht hin betätigt, vor allen Dingen die Idee propagiert, daß das deutsche Volk wieder die Front nach außen nehmen müsse, anstatt sich nach innen zu zerfleischen (11). Er habe der völkischen Bewegung nahe gestanden und auch die nationalsozialistische Bewegung unterstützt. Vors.: Haben Sie auch der D. C. angehört? Angell: Nein, aber ich habe ihr nahe gestanden, denn ich konnte viele Offiziere von der Brigade Ehrhardt her. Ich gehörte auch dem Verband nationalgesinnter Soldaten und dem Neudeutschen Bunde an. Der Verband nationalgesinnter Soldaten sollte die Frontkämpfer

zu einer Art ungewaffneter Arme

zusammenfassen und sie zum Bereithalten sammeln. Vors.: Zur Wenderung der politischen Zustände in Deutschland? Angell: Nein, davon ist nie die Rede gewesen. Auf Befragen Rechtsanwalts Dr. Luetgebrune äußerte sich Tilleßen hierauf sehr ausführlich über Kern, den er als einen sehr zuverlässigen Offizier bezeichnet, der keine Rücksicht gegen sich gelübt habe und bewundernswerte Energie und Tapferkeit gezeigt habe. Unter den damaligen Zuständen habe Kern außerordentlich gelitten. So sei er einmal an ihn, Tilleßen, der sein Vorgesetzter bei der Brigade Ehrhardt war, mit den Worten herangetreten: „Das nützt hier alles nichts, es muß irgend etwas geschehen.“

Und so habe er verlangt, man solle bei der Brigade ein Ultimatum stellen, daß irgend etwas unternommen werde, andernfalls würden die Offiziere fortgehen. Vors.: Er meinte damit den Sturz der Regierung. Angell: Jawohl. Kern war sehr radikal. Später in Frankfurt ist er dann mit dem Plan an mich herangetreten, die Offiziere bereitzubehalten und bei einem Einmarsch der Franzosen ins Ruhrrevier

ein Schillisches Freikorps zu bilden,

in dem sich jeder verpflichten müsse, zu kämpfen, bis er sterbe. Rechtsanwalt Dr. Sack: Ist es möglich, daß Kern auf den jungen Lechow einen suggestiven Einfluß ausgeübt hat? Tilleßen: Jawohl. Beiführer Gustav Hartmann: Würde sich der Neudeutsche Bund auch gegen einen neuen Kapp-Putsch gewendet haben?

Angell: Davon haben wir nie gedacht.

Der nächste Angeklagte, Schriftsteller Harimud Plaas, dessen Vater Oberst war, bekundet, daß er, nachdem er aus der Brigade Ehrhardt entlassen war, in Bayern in einer Arbeitsgemeinschaft landwirtschaftlich tätig gewesen sei. Jetzt sei er Schriftsteller der „Völkischen Rundschau“. Vors.: Wendet sich Ihre Blatt auch öffentlich gegen die republikanische Regierung? Plaas: Auf jeden Fall sagt es seine Meinung sehr offen.

Zum Schluß wurde der Angeklagte Kaufmann Werner Boh aus Berlin vernommen. Er erklärt, daß er im Jahre 1918 der SPD und im Jahre 1919 der USPD als Mitglied beigetreten sei. Vors.: Waren Sie auch Angehöriger der D. C.? Angell: Das ist völlig ausgeschlossen. Vors.: Sie sollen auch Vorstandsmitglied der APD in Oberschlesien gewesen sein? Angell: Vorstandsmitglied ist übertrieben, aber ich habe damals, als Delegierter der Somjeregierung vor der Abstimmung in Oberschlesien tätig waren, zusammen mit den Kommunisten gearbeitet und bin auch Kommunist geworden, um Oberschlesien bei Deutschland zu erhalten. Vors.: Haben Sie niemals den Rechtsparcien angehört? Angell: Nein, niemals.

In der dritten Nachmittagsstunde wurde dann die Verhandlung auf den heutigen Mittwoch vormittag 9 Uhr vertagt. Am heutigen zweiten Verhandlungstag beginnt dann die eigentliche Verhandlung zur Tat selbst.

SE. Das Verfahren gegen Kapitänleutnant Wolfgang Dietrich aus Erfurt und den Schriftsteller Hans Wilhelm Stein, Burg Soledad, ist von dem Prozeß gegen die übrigen Angeklagten in der Nordaffäre Kathenau abgetrennt worden. Der Termin zur Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof gegen Dietrich und Stein ist auf den 24. Oktober anberaumt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten u. a. Bezirk 5 (Südwest), hält seine nächste Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 4. Oktober, um 7 1/2 Uhr, im Reichscafé Licht-Haus, Belle-Alliance-Str. 20, ab. Eincome nur über den Hof. Wegen wichtiger Tagesordnung Erscheinen aller Mitglieder erforderlich.

Verband der Freidenker für Feuerbestattung, G. B., 6. Bezirk (Südliches Tier). Donnerstag 7 1/2 Uhr in den Hohenhauken-Sälen, Rothschloßstr. 74 (oberer Saal). Tagesordnung: Freidenkertum und Feuerbestattung. Bericht von der Generalsversammlung.

Wetter bis Donnerstag mittag. Viellach keller bei schwachen nordwestlichen Winden ohne erhebliche Niederschläge, später allmählich fortschreitende Zunahme der Bewölkung und besonders im Abendstunden merkliche Regenfälle bei frischen südwestlichen Winden. Temperatur wenig geändert.

Gpernhaus
Gastspiel des
Kammersängers
Michael Bohnen
7 1/2 Uhr
Mona Lisa

Schauspielhaus
7 1/2 Uhr
Napoleon

Theater i. d.
Königgrätz. Str.
7.30: Jüdin v. Toledo
8.30: Jüdin v. Toledo
9.30: Jüdin v. Toledo
10.30: Jüdin v. Toledo

EDITH POSCA Vorverkauf 11-1 Uhr
spielt die Hauptrolle in
dem Rex-Film der UFA

**ZUM PARADIES
DER DAMEN**
nach Emile Zola
Regie:
LUPU PICK

Uraufführung: Morgen, 10 Uhr
im UFA-PALAST AM ZOO

Der Blaue Vogel
Goldstraße 9
Nollendorf 1613
Abendliche 8 1/2 Uhr: Das neue
dritte Programm. Vorverkauf an
alien Theaterkassen und an der Kasse
d. Theaters v. 11-2 u. ab 6 Uhr abends.

Casino-Theater
5 Uhr: Die Berlin Pass
Lammelmans
Bummelfahrt

Stellenangebote!
finden im Vorwärts
beste Beachtung!

URANIA 8 Uhr
Taubensir: Das neue
moderne Jerusalem
vor und nach dem
Kriege - 5 1/2 U.
Wunder d. Schneeh
schuhs
Hörspiel: Wissen
schaftliche Hand
leskunst
Invalide: Bilder
aus Kärnten

WIEN BERLIN
Jägerstr. 63a
8-Uhr: Das Ries-Varieté-Programm
4-Uhr: Kaffee-Tanz-Vorführung.
KALTE U. WARME KOCHGE
DRESSIER-ABTEILUNG

**Allgemeine Ortstrantentafel für
Adlershof und Umgegend.**
Bekanntmachung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Unterstraße 63/65.
Geschäftszeit von 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 838, 834, 835, 836.

Joseph Hedli
Bologner
Str. 9
am 29. September gestorben ist.
Die Einäscherung findet Mittwoh
den 4. Oktober, nachm. 4 Uhr, im Krem
atorium Berlin, Gerdtstraße, statt.
Am 27. September fand in unser Kollege,
der Treiber
Franz Weber Oberstr. 54
Berlin.
Die Einäscherung findet Donnerst
den 5. Oktober, nachm. 9 1/2 Uhr, im Krem
atorium Berlin, Gerdtstraße, statt.
Ferner fand am 30. September unser
Kollege, der Arbeiter
August Gehrke
Reutlin, Lichtenberg, Straße 1.
Die Einäscherung findet am Freitag,
den 6. Oktober, nachm. 1 1/2 Uhr, im Krem
atorium Baumgartenweg,
Riesestraße, statt.
Esse ihrem Wadent!
Reze Bestätigung erachtet!
1734 Die Ortsverwaltung.

Komödienhaus
8 Uhr: **Karussell**

Berliner Th.
7.15: Madame
Pompadour
Fritz Massary a.G.
Bühne, Wit, Händl, Jäder,
Bühne, Wit, Händl, Jäder

Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die Kleinbürger
im Roman Volkmann & L.
Deutsch Opernhaus
7 1/2 Uhr: Die Bohème
Große Volksoper
im Theat. d. Westens
7 1/2 Uhr: **Cohengrin**
Intimes Theater
8: Die Peltsche und?
- Lauf doch nicht
immer nach herum
Lustspiel
8 1/2 Uhr: **Schule der
Kokotten**
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: **NewYork-Berlin**
Neues Operett.-Th.
Gedruckte, Nept 1 Uhr:
Die schwarze Rose
Neues Th. am Zoo
7 1/2 Uhr: **Der kleine
Sünder**
m. Guido Thielscher

Volksbühne
7 1/2 Uhr:
Heber die Kraft
(II. Teil)

Lessing-Th.
Russenspielspiel
7 Uhr:
Zar Feodor Joannowitsch
Donnerstag: Drei
Schwestern
Freitag: Zar Feodor
Joannowitsch

Deut. Künstler-Th.
Heute bis Mont. 7 1/2
Madame Sans-Gêne
(Dorsch, Götz,
Steinbeck)

Deutsch. Theat.
1931-1930
7. Abonnement-Vorst.
8 U. Simson oder
Scham u. Eifer
sucht
Donnerst. 1301-1350
7. Abonnement-Vorst.
7 1/2 U. Cyrano von
Bergerac

Kammerspiele
7. Gastsp. d. Russ.
Theaters „Kikimora“
Do. 8. Gastspiele
d. Russ. Theaters
„Kikimora“

Gr. Schauspielh.
(Karlstraße)
7 1/2 U. D. Widerspen
stigen Zähmung
Donnerst. 7 1/2 U. Der
Widerspenstigen
Zähmung

Komische Oper
(7 1/2) Dir.: James Klein (7 1/2)
Die große internationale
Revue in 25 Bildern:
**Europa
spricht
davon!!**
Uebertrifft Paris und London an
Pracht und Ausstattung und ist
das Fabrikatbeste, was auf
einer Bühne gezeigt worden ist
6 Pracht-Ballette!!
200 Mitwirkende!!
Mister Jackson v. Alhambra-
Theater in London mit seinen
englischen Girls
Hauptdarsteller:
Margit Suchy, Rosa Felsagg,
Ratzer-Lichtenstein, Max Landu,
Albert Kutner, Bruno Kapner,
Arnold Rieck, Mizi Metelka, Else
Reval, Walters, Spira, Bartels usw.
Vorverkauf ununterbrochen.

Circus Busch
11.7.1931, 11.7.1931
**Die lebenden
Brücken
spieler**
15 Attraktionen 15
11.7.1931, 11.7.1931

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Unterstraße 63/65.
Geschäftszeit von 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 838, 834, 835, 836.

**Branchenverammlung
der Bauhelfer.**
Tagesordnung: 1. Bericht der
Branchenkommission. 2. Stellungnahme
dazu.
Die Vertrauensleute am 4 1/2 Uhr
im selben Lokal.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Auto-Reparaturbetriebe.
Donnerstag, 5. Oktober, abds. 7 Uhr,
im Lokal Jollystr. 7:
Funktionärkonferenz.
Tagesordnung: Bericht über die
Zahnordnungen für Monat Oktober
mit der Interessengemeinschaft.
Jeder Betrieb muß einen Vertreter
entsenden. - Betriebsmaterial ist unbed
ingt mitzubringen.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.
1274

Allg. Ortskrankenkasse Berlin-Pankow.
Bekanntmachung.
Auf Grund der Beschlüsse über
Grundlöhne bei den Krankenkassen vom
12. Sept. 1922 wird der Höchstgrund
lohn auf 500 M. festgesetzt. Zu den hie
rigen 13 Stufen kommen 7 weitere Stufen
hinzu. Die Beiträge für die bisherigen
13 Stufen bleiben unverändert.
Stufe 13 Grundl. 100.- M. Beitr. 7.50 M.
14 " 140.- " " 10.50 "
15 " 190.- " " 13.10 "
16 " 240.- " " 15.- "
17 " 300.- " " 17.50 "
18 " 360.- " " 20.- "
19 " 440.- " " 25.- "
20 " 500.- " " 30.- "
Das Krankengeld beträgt nach wie vor
die Hälfte des Grundlohns, das Sterbegeld
das 20% bzw. 30% der Grundlöhne.
Die Krankengelder werden erst ab dem 1. Oktober 1922 in Kraft.
Die Krankengelder werden erst ab dem 1. Oktober 1922 in Kraft.
Die Krankengelder werden erst ab dem 1. Oktober 1922 in Kraft.

Allg. Ortskrankenkasse Berlin-Pankow.
Bekanntmachung.
Auf Grund der Beschlüsse über
Grundlöhne bei den Krankenkassen vom
12. Sept. 1922 wird der Höchstgrund
lohn auf 500 M. festgesetzt. Zu den hie
rigen 13 Stufen kommen 7 weitere Stufen
hinzu. Die Beiträge für die bisherigen
13 Stufen bleiben unverändert.
Stufe 13 Grundl. 100.- M. Beitr. 7.50 M.
14 " 140.- " " 10.50 "
15 " 190.- " " 13.10 "
16 " 240.- " " 15.- "
17 " 300.- " " 17.50 "
18 " 360.- " " 20.- "
19 " 440.- " " 25.- "
20 " 500.- " " 30.- "
Das Krankengeld beträgt nach wie vor
die Hälfte des Grundlohns, das Sterbegeld
das 20% bzw. 30% der Grundlöhne.
Die Krankengelder werden erst ab dem 1. Oktober 1922 in Kraft.
Die Krankengelder werden erst ab dem 1. Oktober 1922 in Kraft.
Die Krankengelder werden erst ab dem 1. Oktober 1922 in Kraft.

Reichshallen-Th.
11.7.1931, 11.7.1931
**Internat.
Varieté**

Schlafzimmer
Eld., Schließf.,
Wohn., Tischb.,
Spiegel,
Kerzenhalter,
Wohndisch,
Küchen,
Kleiderkasten,
Stühle,
Einzelstuhl,
Große Auswobl,
Enorm billige Preise
Wohlbekannt
Hans Lennert
Berlin N 54
Zehnhofstr. 55
Kaufzeit 8-5.

Folies Caprice
Tägl. 8 1/2 Uhr:
Vier Pariserinnen
Montag, d. 2. u. Frei
tag, d. 6. Okt. 8 1/2 U.
2 Gastspiele der
Wiener Künstler-
Operett-Gesellsch.
7 1/2 U. Barthelemy

Walhalla-Theater
Tägl. abends 8 Uhr:
Die Kinokönigin
Theater des Ostens
(Rose-Theater)
7 1/2 U. Barthelemy

**Allgemeine Ortstrantentafel
für Bln.-Mariendorf u. Umg.**
Auf Grund der Beschlüsse über
Grundlöhne bei den Krankenkassen vom
12. September 1922 wird der Höchstgrund
lohn auf 500 M. festgesetzt. Zu den hie
rigen 13 Stufen kommen 7 weitere Stufen
hinzu. Die Beiträge für die bisherigen
13 Stufen bleiben unverändert.
Stufe 13 Grundl. 100.- M. Beitr. 7.50 M.
14 " 140.- " " 10.50 "
15 " 190.- " " 13.10 "
16 " 240.- " " 15.- "
17 " 300.- " " 17.50 "
18 " 360.- " " 20.- "
19 " 440.- " " 25.- "
20 " 500.- " " 30.- "
Das Krankengeld beträgt nach wie vor
die Hälfte des Grundlohns, das Sterbegeld
das 20% bzw. 30% der Grundlöhne.
Die Krankengelder werden erst ab dem 1. Oktober 1922 in Kraft.
Die Krankengelder werden erst ab dem 1. Oktober 1922 in Kraft.
Die Krankengelder werden erst ab dem 1. Oktober 1922 in Kraft.

Allen voran
beim Einkauf von
**Brillanten, Platin
Gold- u. Silber-Bruch**
Uhren, Zahngebisse,
Ketten, Münzen, Bestecken
die renommierte Firma
Juwelier H. Wiese
Artilieriestraße 30
3 Min. vom Bf. Friedrichstraße
u. Passauer Str. 12
(alte Ansburger Straße)
3 Minuten v. Wittenbergpl. Zoo
Tel. Norden 1930.

Kriegsanleihe wird zu 8 1/2%, nur gegen Legitimation in Zahlung genommen.

Eile geboten! Preise steigen!
Durch frühzeitige Abschlüsse

Noch billige Preise!!

Soweit Vorrat reicht!

la Ratiné-Mäntel noch 6500.- / Mollige Flauchmäntel 5400.-
Entzück. Pelzmäntel, weite Glockenf., auf Damassé 68 000.-, 85 000.-
Sealplüschmäntel 23 500.- / Mohär-Astrachanmäntel noch billiger!
Fantasie-Eskimomäntel mit Pelzbesätzen, elegante Stücke 18 000.-
Reinwollene Strickjacken 2400.- / Flotte Kostüme, Modelle, Röcke

Soweit Vorrat reicht noch billig!

Westmann

1. Geschäft: Berlin W 8,
Mohrenstraße 37a

2. Geschäft: Berlin NO 18;
Gr. Frankfurter Str. 115

Ehrlich bedient werden Sie Richard Herrmann, Wilhelmstr. 39, nahe Pelt-
In der bekannten Goldankaufsstelle von
Gold-, Platin-, Silbersachen, sowie Brillanten,
alte Münzen, Zahngebisse, Uhren, Ringe, Ketten usw.
zahle ich unbedingt die realsten und höchsten Tagespreise. Der weiteste Weg zu mir lohnt sich sehr.
Bei Ankauf Färgeldvergiitung

Jedes Wort 10.- M. Das fettgedruckte Wort 12.- M. (zulässig
2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche
und Schlafstellenanzeigen das erste Wort (fettgedruckt) 7.- M.,
jedes weitere Wort 5.- M. Worte über 15 Buchstaben zählen doppelt

Kleine Anzeigen

Anzeigen für die nächste bis 4 1/2 Uhr nachm.
in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Verkäufe

Getragene Kleidungsstücke, große Auswobl,
zum Teil auf Gebäu, sehr billig,
ich fürst polen, auf Lager, Fräse,
Schnitzarbeiten, Schmuckstücke, Kleider,
Gürtel, 108 Baden, Hochbahn Dromedier.

Reisefläche, Belgisches Sportbillig,
Belghaus, Reinholdstr. 105 (Reinholdstr.)

Reisefläche 1000.-, Jodelbüchse, Sil-
berflügel, Blauschiff, Köppler
Reisenverkauf an Excursions-Commercen-
ten (Reine Bergwerke), Wandrich-
haus Schönbauer Allee 115 (Ringbahn-
hof - Hochbahn).

Schillerische Kleiderstücke, selten schön,
großartiger Mantel, Silberflügel,
Jodelbüchse, außerdem elegante Kleider,
Sportkleid, Mäntel verkauft,
Colmann, Alexandrinerstr. 44 II. Cafe
Romantischerstraße.

Reisefläche, Reisefläche, sämtliche
Belghaus, Reinholdstr. 105 (Reinholdstr.)

Reisefläche, Reisefläche, sämtliche
Belghaus, Reinholdstr. 105 (Reinholdstr.)

Wägen, Gummimäntel, Wintermäntel
Sportbillig Belghaus, Reinholdstr. 105 (Reinholdstr.)

Reisefläche, Belgisches Sportbillig,
Belghaus, Reinholdstr. 105 (Reinholdstr.)

Reisefläche 1000.-, Jodelbüchse, Sil-
berflügel, Blauschiff, Köppler
Reisenverkauf an Excursions-Commercen-
ten (Reine Bergwerke), Wandrich-
haus Schönbauer Allee 115 (Ringbahn-
hof - Hochbahn).

Schillerische Kleiderstücke, selten schön,
großartiger Mantel, Silberflügel,
Jodelbüchse, außerdem elegante Kleider,
Sportkleid, Mäntel verkauft,
Colmann, Alexandrinerstr. 44 II. Cafe
Romantischerstraße.

Reisefläche, Reisefläche, sämtliche
Belghaus, Reinholdstr. 105 (Reinholdstr.)

Reisefläche, Reisefläche, sämtliche
Belghaus, Reinholdstr. 105 (Reinholdstr.)

Einzelmöbel, Komplette Zimmer,
Gehäusungen, Metallbetten, Röhren,
Bar, sowie Tischlampen, Sportbillig,
Wenger, Wollfussstraße 48 (Kriegs-
denkmal).

Reisefläche, Belgisches Sportbillig,
Belghaus, Reinholdstr. 105 (Reinholdstr.)

Reisefläche 1000.-, Jodelbüchse, Sil-
berflügel, Blauschiff, Köppler
Reisenverkauf an Excursions-Commercen-
ten (Reine Bergwerke), Wandrich-
haus Schönbauer Allee 115 (Ringbahn-
hof - Hochbahn).

Schillerische Kleiderstücke, selten schön,
großartiger Mantel, Silberflügel,
Jodelbüchse, außerdem elegante Kleider,
Sportkleid, Mäntel verkauft,
Colmann, Alexandrinerstr. 44 II. Cafe
Romantischerstraße.

Reisefläche, Reisefläche, sämtliche
Belghaus, Reinholdstr. 105 (Reinholdstr.)

Reisefläche, Reisefläche, sämtliche
Belghaus, Reinholdstr. 105 (Reinholdstr.)

Musikinstrumente
Vianos preiswert, Klaviermacher,
Einf. Brunnentstraße 35.

Kaufgesuche
Reisefläche, Belgisches Sportbillig,
Belghaus, Reinholdstr. 105 (Reinholdstr.)

Reisefläche 1000.-, Jodelbüchse, Sil-
berflügel, Blauschiff, Köppler
Reisenverkauf an Excursions-Commercen-
ten (Reine Bergwerke), Wandrich-
haus Schönbauer Allee 115 (Ringbahn-
hof - Hochbahn).

Schillerische Kleiderstücke, selten schön,
großartiger Mantel, Silberflügel,
Jodelbüchse, außerdem elegante Kleider,
Sportkleid, Mäntel verkauft,
Colmann, Alexandrinerstr. 44 II. Cafe
Romantischerstraße.

Reisefläche, Reisefläche, sämtliche
Belghaus, Reinholdstr. 105 (Reinholdstr.)

Reisefläche, Reisefläche, sämtliche
Belghaus, Reinholdstr. 105 (Reinholdstr.)

Geldverkauf
Sofort, Rentenrückzahlung, Kom-
plett, Einzahlung, 88 (Reinholdstr.)

Arbeitsmarkt
Schloßerlehrling verlangt Gehalt,
Automatenstr. 12/70.

Stellenangebote
Reisefläche, Belgisches Sportbillig,
Belghaus, Reinholdstr. 105 (Reinholdstr.)

Reisefläche 1000.-, Jodelbüchse, Sil-
berflügel, Blauschiff, Köppler
Reisenverkauf an Excursions-Commercen-
ten (Reine Bergwerke), Wandrich-
haus Schönbauer Allee 115 (Ringbahn-
hof - Hochbahn).

Schillerische Kleiderstücke, selten schön,
großartiger Mantel, Silberflügel,
Jodelbüchse, außerdem elegante Kleider,
Sportkleid, Mäntel verkauft,
Colmann, Alexandrinerstr. 44 II. Cafe
Romantischerstraße.

Reisefläche, Reisefläche, sämtliche
Belghaus, Reinholdstr. 105 (Reinholdstr.)

Reisefläche, Reisefläche, sämtliche
Belghaus, Reinholdstr. 105 (Reinholdstr.)

**Erfahrener
Wertmeister
für Rifenfabrik**
per sofort gesucht. Angebots unter
G. 82 an die Hauptexp. d. Vorw.

Automaten-Einrichter
für Dromedier-Wagen und Jäger-Schrauben-
Automaten per sofort an
148 107
Ludwig Sudicatis G.m.b.H.,
Siedlitz, Siemensstr. 27

Verschiedenes
Reisefläche, Belgisches Sportbillig,
Belghaus, Reinholdstr. 105 (Reinholdstr.)

Reisefläche 1000.-, Jodelbüchse, Sil-
berflügel, Blauschiff, Köppler
Reisenverkauf an Excursions-Commercen-
ten (Reine Bergwerke), Wandrich-
haus Schönbauer Allee 115 (Ringbahn-
hof - Hochbahn).

Schillerische Kleiderstücke, selten schön,
großartiger Mantel, Silberflügel,
Jodelbüchse, außerdem elegante Kleider,
Sportkleid, Mäntel verkauft,
Colmann, Alexandrinerstr. 44 II. Cafe
Romantischerstraße.

Reisefläche, Reisefläche, sämtliche
Belghaus, Reinholdstr. 105 (Reinholdstr.)

Reisefläche, Reisefläche, sämtliche
Belghaus, Reinholdstr. 105 (Reinholdstr.)